

Manipulierte Meinung

Demoskopie – Meinungsforschung oder Meinungsbeeinflussung?



Hans Steffen,
a. Nationalrat,
Fischenthal

Vor allen wichtigen Abstimmungen und Wahlen werden von Meinungsforschungs-Instituten durch Befragung einer bestimmten Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern Meinungstrends ermittelt und oft in mehreren Phasen durch die Massenmedien veröffentlicht. Im Volk bestehen berechtigte Zweifel, ob diese Verfahren wirklich «wissenschaftlich» seien oder ob sie durch die Veröffentlichung von Resultaten nicht einfach der gezielten Manipulation der Volksmeinung dienen.

Definition

Das neue Duden-Lexikon schreibt zum Begriff «Demoskopie», sie sei gleichzusetzen mit «Meinungsforschung» und bezeichne ein sozialwissenschaftliches Verfahren zur Ermittlung der Meinungsverteilung in der Gesellschaft. Sie geschehe durch Befragung eines repräsentativen Querschnitts der zu erforschenden Gesellschaft. Anwendung finde sie als Marktforschung und im Bereich der politischen Vorhaben.

Zur Geschichte der Meinungsforschung

Schon zu Beginn des letzten Jahrhunderts wurde im Rahmen der Entwicklung der Statistik festgestellt, dass Teilerhebungen sehr ähnliche Ergebnisse liefern konnten wie Vollerhebungen. Der amerikanische Meinungsforscher Georg Horace Gallup (*1901) hatte in den Dreissigerjahren sein «American Institut of Public Opinion» (Anstalt zur Erforschung der öffentlichen Meinung) gegründet.

1935 führte er vor den amerikanischen Präsidentschaftswahlen bei einer kleinen Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern eine Art «Vorwahl» durch, publizierte das Resultat und veröffentlichte in den Medien, wer die Wahl gewinnen würde. Als seine Prognose stimmte, wurde Gallup weit über die Grenzen der USA berühmt. Interessant ist, dass ihn eine spätere Fehlprognose weltweit noch berühmter machte. Allerdings fehlte es nicht an kritischen Stimmen zu seinen Methoden.

Unter dem Patronat der «NHG – Neuen Helvetischen Gesellschaft» wurde kurz nach dem Zweiten Weltkrieg die «Volksumfrage 1946» mit zwei Erhebungen durchgeführt, eine Umfrage an Haushalte (rund 52'000 Personen) und eine bei einem ausgewählten Zielpublikum (3000 Personen) mit teilweise gleichen Fragen. Das Resultat konnte erst zwei Jahre später veröffentlicht werden.

Ohne auf die Resultate eingehen zu wollen, sei doch auf die Skepsis gegenüber der Meinungsumfrage hingewiesen, wie sie von den Verantwortlichen in der Einleitung zum Bericht vorgebracht wurden:

1. «Derartige Umfragen können grosse Dienste leisten, wenn sie nur dazu benützt werden, wahrheitsgetreu die Meinung der Leute zu erforschen.

Sie werden hingegen zu einer Gefahr, wenn man sie zur Lenkung und Beeinflussung ihrer Meinung benützt, vor allem wenn man jenen, die keine eigene Meinung haben, eine fremde einflüstert.

Dann werden die Umfragen zu einem Mittel der Gleichschaltung und der gefährlichen Vermassung.

2. Werden die Umfragen tendenziös aufgezogen, so werden die Ergebnisse immer so herauskommen, wie es jene wünschen, die die Befragungsmethoden missbrauchen.

Werden die Fragen, bewusst oder auch ohne Absicht, schlecht gestellt, so kann man dem Befragten stets die gewünschte Antwort entlocken.

Démocrate  Suisse
Pages 13–15

Wahlen Kanton Zürich



Opfikon-Glattbrugg:
Kloten:

+ 1 SD-Sitz
+ 1 SD-Sitz

SD distanzieren sich vom Bergier-Bericht

Die Schweizer Demokraten (SD) verurteilen den Bergier-Flüchtlingsbericht als einseitig, selbstgerecht und parteiisch. Insbesondere linke Historiker aus dem In- und Ausland massen sich an, aus heutiger Sicht über die damalige Schweiz und die verantwortlichen Behörden zu Gericht zu sitzen.

Der Bericht verkennt, dass die verantwortlichen Behörden und das Schweizer Volk unter schwierigsten Umständen eine hervorragende Gesamtleistung erbracht haben. Sie haben unser Land und seine Bevölkerung – darunter auch 300'000 Internierte und Flüchtlinge – vor den Schrecken des Krieges und der möglichen Besetzung, vor Tod, Hunger und Elend bewahrt. **Insbesondere unterschlägt der parteiische Bergier-Bericht auch, dass die Schweiz während dem Zweiten Weltkrieg mehr jüdische Flüchtlinge aufgenommen hat als jedes andere Land.**

Der Bergier-Flüchtlingsbericht wird der damaligen äusserst schwierigen Kriegs-Situation keineswegs gerecht. Die SD fordern den Bundesrat deshalb eindringlich auf, diesen einseitigen Bericht zurückzuweisen und insbesondere auf erneute Entschuldigungen und auf Büssertum zu verzichten.

Bernhard Hess, Nationalrat und SD-Zentralsekretär

Werden die Antworten nicht gewissenhaft ausgelegt, so wird man zu falschen Ergebnissen kommen, die die Meinung der Befragten verfälschen.

Missbrauch!

3. Umfragen dürfen nicht zur Befriedigung der Sensationslust dienen.»

Diese selbstkritischen Gedanken geben Zeugnis für die Ehrbarkeit der verantwortlichen Meinungsforscher der «Volksumfrage 1946». Sie bestärken mit den obigen Anmerkungen heute und künftig all jene, welche die Meinungsumfragen im politischen Bereich als Mittel zur Manipulation der Masse betrachten; zu denen gehören auch führende Vertreter der «Schweizer Demokraten (SD)».

Politische Meinungsforschung in neuerer Zeit

Die Katholisch-konservative Partei (heute CVP) engagierte 1970

ein Deutsches Marktforschungsinstitut und liess durch eine gezielte Umfrage ermitteln, welche Einstellungen, Wünsche, Forderungen

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 2 Schindluder mit dem Schlagwort «Globalisierungsgegner»
- 3 Zeit der Heuchler
- 4 Erpresste Schweiz
- 5 Bush's Tanz mit dem Teufel
- 6 Ziele der Schweizer Demokraten
- 8 Veranstaltungskalender
- 9 Aus den Kantonen
- 12 Der Leser hat das Wort

Manipulierte Meinung

Fortsetzung von Seite 1

und Ziele in der Bevölkerung vorhanden seien, um so die Grundlagen für ein künftiges Parteiprogramm zu finden.

Die nur knappe Verwerfung der «Schwarzenbach-Initiative der Nationalen Aktion» 1970 und der Wahlerfolg von Nationaler Aktion (NA) und Republikaner (REP) 1971 müssen dazu beigetragen haben, dass das Establishment der Umfrageforschung durch neue Aufträge zu einem ersten Aufschwung verhalf, der sich mittlerweile enorm ausweitete.

So wurden durch eine Forschergruppe der Universität Genf die Resultate der Wahlen 1971 mittels einer Nachbefragung durchleuchtet. Man wollte wissen, was zum Erfolg der Überfremdungsgegner geführt hatte.

Aber nicht nur Politiker waren an Umfragen interessiert. Wirtschaftsverbände suchten Antworten auf Fragen, die sich aus dem Verhalten des Volkes ergaben. So liessen Wirtschaftsverbände durch Meinungsforscher sondieren, wie Fremdenfeindlichkeit entsteht, um den Überfremdungsinitiativen der NA/REP politisch und werbemässig begegnen zu können.

Meinungsforschung oder Manipulation

Spätestens seit die Bundesverfassung vom 18. April 1999 dem Bundesrat in Artikel 180 neu die Kom-

petenz einräumt, Ziele und Mittel seiner **Regierungspolitik** zu bestimmen, dass er staatliche Tätigkeiten plant und koordiniert und er die Zuständigkeit hat, **die Öffentlichkeit rechtzeitig und umfassend über seine Tätigkeit zu informieren**, bedient er sich allen Mitteln der «Public relations» um seine politischen Ziele durchzusetzen – also Regieren von oben nach unten. Bundesrätliche Kampagnen bei den Abstimmungen über die neue Bundesverfassung, das Militärgesetz oder den UNO-Beitritt sind in böser Erinnerung, wurden sie doch zum Teil mit Steuergeldern finanziert und mit persönlichem Einsatz der Mitglieder des Bundesrates begleitet.

Umfragen nehmen in diesen Kampagnen einen wichtigen Stellenwert ein. Claude Longchamp vom GFS-Forschungsinstitut gibt öffentlich zu (Zitat):

«Wenn es darum geht, die Ausgangslage in einer umstrittenen Initiativ-Abstimmung zu bestimmen, Zielgruppen der Kommunikation zu eruieren, greifen die Generalsekretariate der Departemente und ihre Informationsstellen sehr wohl zu Mitteln der Demoskopie...»

Longchamp schildert als einen Typ der politischen Meinungsforschung die «Kampagnestudien», welche gleich einem Barometer die positive oder negative Wirksamkeit einer Kampagne laufend ermitteln und zu Massnahmen führen. Besser sei nur noch, wenn mit Hilfe der Meinungsforschung vor Beginn einer Kampagne eine Auslegeordnung der besten Argumente für die nachfolgende Kommunikation erstellt werde...

Kommentar

Die Politstrategen haben offensichtlich den Wert der Meinungsforschung als Mittel zur Beeinflussung – ja Manipulation – erkannt und setzen diese hemmungslos ein. Es genügt, die oben erwähnten und fett gedruckten drei Punkte aus der Einleitung der «Volksumfrage 1946» nochmals durchzulesen. Ganz offensichtlich wenden Meinungsforscher und ihre Auftraggeber genau die Praxis an, welche als «Gefahr» geschildert wurde. Wo bleibt da die ehrliche politische Auseinandersetzung von Befürwortern und Gegnern? Auf der Strecke!

Frauen haben keine Seele...

Für Frauen ist der Zutritt in ein islamisches Gotteshaus, genannt Moschee, nicht erlaubt. Auch nicht bei gemässigten Muslimen. Allerdings ist ihnen der Zutritt in den Vorhof erlaubt, und laut Koran besitzen Frauen keine Seele. WS

Schindluder mit dem Schlagwort «Globalisierungsgegner»

Anlässlich des «EU-Gipfels» in Barcelona ist es wieder zu Massendemonstrationen angeblicher «Globalisierungsgegner» gekommen, wie schon früher in Davos und Zürich, in Genua, Prag, Seattle usw., und wie immer kam es am Rande der Menschaufmärsche nach Barcelona waren etwa 300'000 Personen angereist! – zu Schlägereien zwischen Demonstranten und Ordnungskräften. In den Medien war wieder einmal einhellig von so genannten «Globalisierungsgegnern» die Rede. Ist denn diese Etikettierung wirklich zutreffend?

Werden die Drahtzieher und Exponenten dieser Bewegung von Medienleuten jeweils zum Interview gebeten, beteuern sie als Erstes, sie seien nicht gegen die «Globalisierung» an sich, sondern nur dagegen, dass diese Globalisierung einseitig nur wirtschaftlich erfolge. Sie müsse durch ein politisches Gegenstück ergänzt werden, damit die Nachteile vermieden oder zumindest korrigiert würden. Nichtsdestotrotz berichten die Medien weiter stur von «Globalisierungsgegnern».

Nun sei zunächst zugegeben, dass die Globalisierung, wie sie zur Zeit abläuft, tatsächlich riesige Belastungen und Nachteile bewirkt, insbesondere solche ökologischer Natur u. a. durch das Anschwellen der Warentransportströme, zum Beispiel aber auch emotionelle. Es ist deshalb verständlich, dass so genannte «Grüne» und im Umweltschutz Engagierte einen grossen Teil der Demonstranten stellen. Unter sie mischen sich jedoch immer auch gewaltbereite Extremisten, die durch ihr Verhalten darauf ausgehen, Schlägereien mit der Polizei, Sachbeschädigungen und Plünderungen zu provozieren. Sie müssten richtigerweise als Linksextremisten bezeichnet werden, denn auch sie sind an und für sich nicht gegen die Globalisierung. Sie wollen sie ja nur ergänzen oder sogar einfach anders gestalten! Worin könnte denn die politische Ergänzung der wirtschaftlichen Globalisierung bestehen? Letzten Endes doch nur in der Errichtung eines Weltstaates, der autoritär und diktatorisch sein müsste! Und dieser Internationalismus ist der langjährige Traum einer so genannten «Linken».

Durch einen solchen Weltstaat könnten die Nachteile der wirtschaftlichen Globalisierung jedoch kaum behoben werden, ganz im Gegenteil. Es gibt nur einen Weg, die Nachteile der Globalisierung zu vermeiden: sie als Ganzes ableh-

nen und die einzelnen souveränen Staaten, auch Nationalstaaten oder Nationen genannt, zu stärken, ihre Souveränität, wo sie durch internationale Abkommen, zu welchen die jeweiligen Völker bei Abschluss nichts zu sagen hatten, ausgehöhlt wurden, wieder herzustellen!

Es ist genau das, was in einer allgemeinen Sprachregelung, die politisch ideologischer Manipulatoren durchzusetzen versuchen, als Nationalismus oder «Rechtsextremismus» abgrundtief schlecht gemacht wird. Dabei besteht bei allen Menschen ein natürliches, gesundes, d.h. nicht übertriebenes und damit chauvinistisches Nationalgefühl, ein Gefühl der Verbundenheit mit der eigenen Volksgruppe, welche dieselbe Sprache spricht, ähnliche Kleider trägt, gleiche Sitten und den gleichen Verhaltenskodex beachtet, dieselben Feste feiert usw.

Eine logische Abgrenzung angeblicher Extremisten – seien das nun «Rechts-» oder «Linksextremisten» – von gesetzestreuem Bürgern ist aber, demokratisch-rechtsstaatliche Bedingungen vorausgesetzt, nur durch ein Kriterium möglich: Extremist ist, wer politische Änderungen durch rohe Gewalt anstrebt. In der gängigen Sprachregelung werden jedoch ständig wieder gesetzestreue Bürger, die sich nie eine Gewalttat haben zu Schulden kommen lassen, als «Rechtsextremisten» bezeichnet. Umgekehrt ist es völlig aus der Mode gekommen, gewalttätige Krawallmacher anderer politischer Gesinnung als Linksextremisten zu bezeichnen. Es sind «Autonome», «schwarze Blöcke», «antifaschistische Spaziergänger» oder eben «Globalisierungsgegner», obschon sie im Grunde gar nichts gegen die Globalisierung genannte Internationalisierung und Völkervermischung haben, die angeborene emotionelle Bedürfnisse missachtet!

Jean-Jacques Hegg,
a. Nationalrat, Dübendorf

Anzeige

Steuererklärungen (ganze Deutschweiz)

Formular ausgefüllt ab Fr. 95.-
AHV-Bezüger(innen) ab Fr. 65.-
Sie können uns Ihre Unterlagen auch per Post zustellen.

Betriebsberatung + Treuhand

Friedrich Auf der Maur
Stationsstrasse 12, 8604 Hegnau
Tel. (01) 946 00 51, Fax (01) 946 00 52

Das Testament

Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Immer wieder können wir lesen, dass verschiedene Organisationen und Stiftungen finanzielle Zuwendungen empfangen können, die aus dem Nachlass eines treuen Mitgliedes stammen.

Haben Sie auch schon daran gedacht, die SCHWEIZER DEMOKRATEN in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung?

Unser Geschäftsleitungsmitglied Kurt Koller berät Sie gerne kostenlos:

Kurt Koller, Treuhandbüro
Meienbergstrasse 4
CH-9620 Lichtensteig
Telefon 071 - 988 50 88
Telefax 071 - 988 67 61

Zeit der Heuchler

Wie die Ringier-Presse mit dem Schweizer Botschafter in Berlin umging, war in jeder Beziehung stossend. Der vermeintliche Enthüllungsjournalismus ist in Wirklichkeit die Enthüllung einer neuen Stufe von boulevardistischer Schmutzlichkeit im Hause Ringier. Auch im Bereich des Rechtsextremismus schreckten Blick-Reporter nicht vor Fälschungen zurück. Hingegen wird der Linksextremismus fast völlig verschwiegen.

Unter der publizistischen Leitung von Frank A. Meyer wird der Privatbereich von Personen in einer bisher hierzulande nicht gekannten Schamlosigkeit ins Licht der Öffentlichkeit gezerrt. Man bedient sich eines Voyeurismus und einer Doppelmoral in Bezug auf Sexualverhalten, die sich dem weithin aufgeklärten Zeitgeist zum Trotz hartnäckig halten. Grotesk am Vorgang ist aber insbesondere, dass der publizistische Verantwortliche sich nicht nur im «SonntagsBlick» gerne in die Pose des kulturbeflissenen Moralisten und des Hüters des journalistischen Gewissens wirft. «Es ist Zeit zum Zweifel an unserer Zukunft», meinte in einer heuchlerischen «SonntagsBlick»-Kolumne vor dreieinhalb Jahren Frank August Meyer. Der Chefpublizist des Hauses Ringier kritisierte den Enthüllungs- und Transparenzwahn seiner Berufskollegen in der Clinton-Levinsky-Affäre. Lügen im Schlafzimmer sein ein Menschenrecht, argumentierte Meyer, die «fröhliche Jagd auf den Schürzenjäger im Präsidentenrock» der Ausfluss einer bigotten Untersuchungsmanie, die «aus privaten Schwindeleien öffentliche Lügen macht». Meyer resumierte: «Könnte es sein, dass die Menschen ahnen, wie wichtig es wäre, die öffentliche Debatte wieder der öffentlichen Sache zu widmen?»

liche und vermeintliche Rechtsextreme ganz besonders gewidmet hat sich einmal mehr die Ringier-Presse, allen voran das Intelligenzblatt «Blick». Mitte Juli des vergangenen Jahres verschwand der 19-jährige Schreinerlehrling Sascha Kübler aus Breitenbach (SO). Der «Blick» war sich gleich sicher: «Sascha Kübler (19) sympathisiert mit der rechtsextremen Szene». Täglich wiederholte sich in jeder neuen Ausgabe die Besorgnis um die rechtsextreme Vergangenheit des Jünglings – wirksam aufbereitet natürlich.

Dass die Ringier-Presse diesmal allerdings etwas zu wirksam aufbereitete, liess sich einige Tage später feststellen. Da ergab sich, dass einige Chat-Beiträge auf der Internetseite der Rechtsextremen www.patriotenseite.ch, welche die entscheidenden Hinweise auf eine rechtsextreme Vergangenheit des armen Kübler geliefert hatten, von «Blick»-Reportern selber angelegt worden waren. Küblers Tod hatte mit den Rechtsextremisten auch gar nichts zu tun. Seine Leiche wurde am 18. Juli 2001 nicht weit von seinem Wohnort entfernt gefunden. Er hatte sich mit seinem Sturmgewehr das Leben genommen – offenbar aus Liebeskummer.

Soviel zur Ehrlichkeit der Kampagne der Ringier-Presse gegen Rechtsextremismus.

Linksextremismus wird verschwiegen

Im Gegensatz zu ihrem verbissenen Kampf gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextreme ist der Linksextremismus der Ringier-Verantwortlichen oft – wenn überhaupt – nur eine Randnotiz wert. Verschwiegen wird insbesondere, dass gewalttätige Übergriffe



SD-Nationalrat Bernhard Hess bei einem Privatbesuch im November 2001 auf dem Dach der Schweizer Botschaft in Berlin, welche durch die «Blick»-Kampagne gegen Botschafter Thomas Borer in die Schlagzeilen geriet. Im Hintergrund das Reichstagsgebäude.

den Städten Zürich (24 Vorfälle), Bern (20), Basel (12), Lugano (8) und Genf (6). Hinzu kommen 12 Anlässe mit gewaltsamen Ausschreitungen im Ausland, an denen auch Schweizerinnen und Schweizer beteiligt waren: darunter die Antiglobalisierungs-Demonstrationen in Göteborg, Salzburg und Genua.

Organisatorisch traten gemäss Erkenntnis der Bundespolizei vor allem der «Revolutionäre Aufbau Zürich» (RAZ), der «Revolutionäre Aufbau Schweiz» (RAS) der «Kommunistische Aufbau Basel» (KAB), die Gruppierung «Antifa» Bern, welche am 25. November 2001 unter anderem auch einen Überfall auf eine friedliche JSD-Veranstaltung in Bern verübte, und das Tessiner «Centro Sociale Occupato Autogestito» in Erscheinung. Unter den internationalen Zusammenschlüssen von Globalisierungsgegnern sind etwa «Attac», «People Global Action» und «World Anarchist Forum» zu erwähnen, zu denen Schweizer AktivistInnen Kontakte pflegen.

Linke Gewalt steigend

Auf das Konto rechtsextremer Wirtsköpfe gingen im vergangenen Jahr fast gleich viele Vorfälle wie auf jenes der linksextremen Szene – nämlich 107. Trotzdem waren diese Schandtaten viel häufiger in sämtlichen Medien der Schweiz präsent als linksextreme Gewalt. Im Unterschied zu dieser ist zudem der Rechtsextremismus glücklicherweise rückläufig, wie das Bundesamt für Polizei schon Anfang März mitgeteilt hat. Grösser ist zudem auch der Sachschaden auf der linken Seite.

All diese Fakten sind der Ringier-Presse kaum eine Zeile wert. Weshalb auch? Es würde nicht in das Antifa-Weltbild der Weltverbesserer Frank A. Meyer und insbesondere auch von Ellen Ringier passen. Diese ist seit Jahren an Projekten wie «Rock gegen Rassismus» beteiligt und präsentiert sich oft und gerne als weitgereiste Kosmopolitin jüdischer Herkunft.

Bernhard Hess, Nationalrat und Chefredaktor, Bern



Blick-Reporter fälschen

An dieser Stelle möchte ich den «Fall Borer» verlassen und mich politisch brisanteren Themen zuwenden. Bei der Entlarvung von so genannt rechtsextremen Gruppierungen und Vorgängen in der Schweiz treibt der Eifer unserer Medienschaffenden immer abstrusere Blüten. Der Jagd auf tatsäch-

linksextremer Gruppen sich gemäss einer neuen Liste des Bundesamtes für Polizei im letzten Jahr häuften. Hier die Fakten: Im Jahr 2001 ereigneten sich insgesamt 104 Vorfälle «im Bereich des Linksextremismus», die die kantonalen und städtischen Polizeikörper erfasst und dem Bundesamt für Polizei gemeldet haben. Die häufigsten Gewaltaktionen ereigneten sich in

Solidaritätsstiftung ist Schuldbekennnis

Für die Schweizerische Vereinigung Pro Libertate ist klar: Nach der Veröffentlichung des Bergier-Schlussberichtes muss die vom Bundesrat lancierte Solidaritätsstiftung vom Schweizer Volk abgelehnt werden.

Die Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg hat ihren Auftrag nicht erfüllt. Weder die existentielle, ökonomische noch militärische Bedrohungs-

Fortsetzung Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

lage der Schweiz während der Nazi-Herrschaft wurden berücksichtigt. Durch vorsätzliche Ausblendung des internationalen Zusammenhangs gelingt es dem Historikergremium, auf moralistische Art das Handeln des schweizerischen Staates und Volkes zu verurteilen. Die Flüchtlingspolitik und Praxis der Menschenrechte wurden nicht aufgrund der damals international geltenden Wertvorstellungen beurteilt, sondern aus heutiger Sicht und anschliessend nur auf die Schweiz fokussiert. Das Handeln

anderer Staaten, insbesondere der USA, wird nicht thematisiert.

Es liegt auf der Hand, dass die millionenteure Bergier-Arbeit dazu dient, historische Wurzeln und identitätsschaffende Mythen zu zerstören. Schlimm ist, dass Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Kultur dieses Spiel positiv würdigen. Mit der Ablehnung der Solidaritätsstiftung kann diesem Treiben ein Ende gesetzt werden. Denn die Stiftung ist nichts anderes als ein Schulbekenntnis. Im Weiteren bedroht sie infolge Erpressbarkeit die Würde und Unabhängigkeit der Schweiz.

Erpresste Schweiz

Zur Auseinandersetzung um die Haltung der Schweiz im Zweiten Weltkrieg und um die Berichte der Bergier-Kommission

Eine Gemeinschaftsarbeit des Arbeitskreises Gelebte Geschichte AGG

Einundzwanzig Zeitzeugen des Zweiten Weltkrieges aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Diplomatie und Armee setzen sich mit grossem Engagement für eine gerechte Darstellung der Haltung der Schweiz zur Kriegszeit ein. Sie korrigieren aus der Sicht ihrer persönlichen Erlebnisse geschichtliche Zerrbilder, die dem Ansehen der Schweiz in der neueren Geschichte Schaden zuzufügen drohen.

Vor dem Hintergrund einer Schweiz auf Gratwanderung zwischen Anpassung und Widerstand, im dramatischen Existenzkampf, schildern sie spontan, lebendig und ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen,

- wie der Jüdische Weltkongress mit Unterstützung der Clinton-Administration die Schweizer Banken, Behörden und das Volk mit Verleumdungen, Sammelklagen und Boykottandrohungen erpressen und demütigen,
- wie das Krisenmanagement des überforderten Bundesrates versagt,
- wie die Bergier-Kommission das Bild einer geldgierigen, herzlosen, nazi-freundlichen und antisemitischen Schweiz zeichnet,
- wie die Behauptung, auf Schweizer Banken lägen Milliardenbeträge von Holocaust-Opfern, Lügen gestraft wird,
- wie die Medien den Konflikt noch krisenträchtiger machen, als er es schon ist, und dem Gegner in den USA Munition liefern,
- welcher Schaden der Schweiz im In- und Ausland zugefügt worden ist,
- wie dringend nötig eine klare Stellungnahme des Bundesrates und des Parlaments zu den Bergier-Berichten ist.

Ein notwendiges Buch! Ein willkommener Beitrag zur ausgewogenen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit!

An den Th. Gut Verlag, 8712 Stäfa

Senden Sie mir/uns gegen Rechnung

Expl. ERPRESSTE SCHWEIZ
Arbeitskreis Gelebte Geschichte
Fr. 22.- (plus Versandkosten)

Bitte in Blockschrift

Name, Vorname

Adresse

Postleitzahl, Ort

Datum, Unterschrift

Hommage an Tito Tettamanti



Rudolf Keller,
SD-Zentral-
präsident,
Frenkendorf

Heutzutage lebt in unserer individualisierten Gesellschaft bald jeder so, wie es ihm passt. Jahrhunderte lang geltende bewährte Normen, gesellschaftliche Konventionen, Solidarität und Gemeinschaftssinn werden immer mehr dem grossen Geschäft geopfert. Egoismus, Geschäftemacherei und Rücksichtslosigkeit bestimmen immer stärker unser Leben. Unsere Gesellschaft ist von Tag zu Tag mehr am Verلودern.

Und jetzt auch noch das! «Unser Botschafter» soll über die Stränge gehauen haben. Das muss sogar mich interessieren, mich, der sich bisher über Klatsch und für sogenannte Prominente eigentlich kaum je interessiert hat. **Eine Frau soll ihm heimlich nachts besucht haben.**

Diese «Geschichte» und was eventuell gewesen sein könnte oder nicht, wird in der boulevardigsten Zeitung unseres Landes in Grösstaufmachung gebracht. Tag für Tag wird diese «weltbewegende Geschichte» auf Seite 1 dieses Blattes aufgesucht, so als ob es sich um eine Staatsaffäre handeln würde. Die besagte Dame, die «unseren Botschafter besucht» haben soll, wird in der sonntäglichen Ausgabe ziemlich kleiderlos abgebildet. Sie war offenbar bekannt für ihr hüllenloses Auftreten. **Dem Botschafter gab die Zeitung vorerst keine Gelegenheit, überhaupt dazu Stellung zu nehmen.** Ja, diese Geschichte entwickelte sich noch dicker, denn die «kleiderlose Frau» (und ihr Sohn) wurde von der Zeitungsredaktion – vermutlich mit der Lufthansa – nach Zürich geflogen, wohl um diesen «Skandal» von Tag zu Tag mehr anzuhetzen. Für andere Medien war die Dame nicht zu sprechen. Sie wurde von der Zeitungsredaktion total abgeschirmt, also monopolisiert. Der Botschafter kam ins Schlittern und die besagte «Dame» lieferte jeden Tag eine neue Version über ihre angebliche Beziehung mit dem Herrn Botschafter. Ob die «Beschreibung» des botschaftlichen Schlafzimmers aus ihrer eigenen Anschauung rührt oder ob dieses «wichtige Wissen» von öffentlich effektiv existierenden Photos der Wohnung stammt, wissen wir nicht. **Wir wissen nur, da versucht eine Zeitung, ein Verlag den Herrn Botschafter und seine Gemahlin abermals fertig zu machen. Die Macht dieser Zeitung ist gross, riesengross,**

monopolartig gross. Sie kann vernichtend sein. Wir werden sehen wie und ob sich der Herr Botschafter, der ansonsten nicht zu meinen «Freunden» zählt, aus der Affäre zieht. Eines haben wir bei dieser Gelegenheit aber einmal mehr wieder vorgeführt bekommen: Ein Zeitungsmonopol kann eine gefährliche Waffe sein. Niemand weiss das so gut wie wir Schweizer Demokraten. Wir werden von denen einfach verschwiegen, so als obs uns nicht gäbe. Auch das ist eine Spielart der Macht, die sich da entblättert hat.

Ein grosser Verlag stand jüngst zum Verkauf an. Und wenn es nach dem Grössten der Grossen gegangen wäre, hätte sich der grosse Verlag auch diesen zum Verkauf stehenden Verlag einverleibt. So gäbe es nur noch den ganz grossen Verlag aus Zofingen (eben der mit der menschenverachtenden Botschaftergeschichte) und den andern grossen Verlag – das sind auch «Freunde» von uns – aus Zürich. Beide Verlage sind sich sehr sehr ähnlich, nicht eben schweizerfreundlich. Die Medienvielfalt wäre mit diesem Doppelmonopol doch arg bedroht gewesen. Obs stimmt, wissen wir nicht, man munkelt sogar, dass der grösste Verlag Journalisten des zum Verkauf stehenden Verlages «bezirzen» wollte oder bezirzt hat, um an sie und an ihre Zeitungen heranzukommen. Doch ist diese Rechnung glücklicherweise nicht aufgegangen. **Wie gut, dass es noch einen Herrn Tito Tettamanti gibt. Der hat nämlich verhindert, dass dieses Zofinger Monopol noch stärker und grösser wurde.** Er hat zusammen mit Freunden den zur Disposition stehenden Verlag gekauft. Aber das gab ein Geschrei. Der Herr Tettamanti und die meisten seiner kauf lustigen Freunde kämen nicht aus der Journalistenbranche. Die Unabhängigkeit der Journalisten und der zum Verlag gehörenden Zeitungen sei nicht mehr gewährleistet. Und frei erfunden schrien sie, man wolle die Journalisten ans Gängelband nehmen und ihnen einen Maulkorb umhängen.

Was sagte daraufhin der Herr Tettamanti? Ja, er sei kein Verleger, er sei aber überzeugt, sein Geld im neuen Verlag gut angelegt zu haben. Ihm gehe es mit diesem Kauf darum, zu verhindern, dass in unserem Lande ein unglaublich grosses und starkes Zofinger Medienmonopol entstehe. Je mehr Verlage und Zeitungen es gäbe, umso besser für die Meinungs- und Medienvielfalt. Dem eingangs beschriebenen widerlichen Boulevardjournalismus muss weiterhin ein seriöserer Journalismus entgegen treten können.

Danke, Tito Tettamanti... dem habe ich nichts mehr beizufügen.

«Bush's Tanz mit dem Teufel»



Peter Bühler,
Stadtrat / SD-
Kantonal-
präsident,
Bern

Atomwaffen/ Vor wenigen Wochen ist ein teilweise geheimer Pentagon-Bericht an die Öffentlichkeit gedrungen, der von fast allen Medien auf unserem Planeten verunsichert kommentiert wurde. In diesem Bericht richten die USA ihre Atomwaffendoktrin neu aus. Es wird nun von Experten aus aller Herren Ländern befürchtet, dass Bush und Co. bei ihrer Atomwaffenpolitik die Hemmschwelle klar senken.

Während des Kalten Krieges galt das atomare Gleichgewicht als gegenseitige «Erpressung»; wenn es auch für die Weltbevölkerung schrecklich war, es funktionierte. Denn, man muss verstehen, dass die «mutual assured destruction»-Doktrin, die durch einen atomaren Erstschlag ausgelöste «todsichere» Zerstörung auch des Angreifers, aus der Sicht der strategischen Logik einen Sinn ergab. Und uns so vor der nuklearen Zerstörung bewahrte. Der Erfolg gibt den Strategen recht: Nicht einmal mehr umfassende konventionelle Kriege zwischen den Grossmächten oder den Supermächten USA und Sowjetunion wurden in den letzten 50 Jahren geführt. Wohl aber wurde mit dem Säbel gerasselt. Indem das Schreckgespenst der totalen Zerstörung unseres Planeten durch eine atomare Eskalation in unseren Köpfen geisterte, oder wieder geistert, wenn Bush ernst macht.

Der Geheime Pentagon-Bericht

Seit mehr als zehn Jahren ist der Kalte Krieg Geschichte. Eine Tatsache, welche zum Glück nur von

wenigen bedauert wird. Dadurch ist aber unsere Welt nicht stabiler geworden. Wie in diesem Geheimbericht aufgezeigt wird. Nicht nur die aktuelle Lage wird darin illustriert, sondern auch die Neuformulierung der US-Atomwaffenpolitik. In diesem Bericht werden konkret Kriegsszenarien beschrieben, in denen atomare Angriffe gegen sieben Staaten – China, Russland, Nordkorea, Libyen, Iran, Irak und Syrien – gemäss den Pentagonstrategen «erforderlich» sein könnten! Mit der Erklärung dieser zukünftigen «Atomeinsätze» schlagen die Strategen vor, die Entwicklung so genannte «Mini-Atomwaffen» voranzutreiben oder die bereits existierenden Atomwaffen mit ihrer Sprengkraft «abspecken» zu lassen, für einen begrenzten regionalen oder lokalen Einsatz «fit zu machen».

Die Reaktionen auf diesen Geheim-Bericht

Noch distanzieren sich viele US-Politiker von diesem Bericht, und fairerweise muss man auch schreiben, dass dieses Papier (noch) nicht offiziell zur amerikanischen Politik gehört. Aber die «alten und jungen Kalten Krieger» beginnen schon zu jubeln. Doch bei den meisten Experten und Medien herrscht Verunsicherung über den Stellenwert dieses Berichtes. Daraus wurden in den verschiedensten Medien Fragen laut wie:

- Die US-Militärstrategie setzt auf Nuklearvisierung ihrer Waffen?
- Oder doch nur Gedankenspiele der Militärs?
- Mögliche Planung für den schlimmstmöglichen aller Fälle?
- Solche Drohgebärden in der heutigen weltpolitischen Lage?
- Ein weiterer, Millionen von Steuerdollars fressender Papiertiger?
- Bush's Spiel mit dem Feuer?

In einem Artikel der «New York Times» riet ein Redaktor dem Prä-

sidenten: «den Geheimbericht an seine Verfasser zurückzusenden und eine neue Fassung zu verlangen, die die Sicherheit künftiger amerikanischer Generationen weniger gefährdet». Da «Nuklearwaffen nicht einfach ein weiteres Element im militärischen Arsenal sind». Denn wer bereit sei, die Schwelle zu ihrem Einsatz zu senken, begehe eine «rücksichtslose Dummheit». So ähnlich waren auch die Reaktionen auf Henry Kissinger's Idee in der «Berlin-Krise» im August 1961.

Das damals neue Mitglied in Kennedys Beraterstab, schlug dem Präsidenten vor, gegen die DDR einen «begrenzten» Nuklearschlag durchzuführen. JFK war von diesem «idiotischen Vorschlag» alles andere als begeistert und schmiss Kissinger kurzerhand aus seinem Beraterstab. Kurz nach der Ermordung von Kennedy wurde Kissinger vom neuen Präsidenten Johnson als Berater zurückgeholt und unter Nixon wurde er Aussenminister. Es wäre nicht weiter erstaunlich, wenn Kissinger einigen «Kriegstreibern» seine Idee wieder eingeflüstert hätte.

In der «Herald-Tribune» schrieb der ehemalige Verteidigungsminister Robert McNamara (1961-1968) sehr deutliche Worte: «Sollte der Pentagon-Bericht offizielle Politik werden, dann sei zu erwarten, dass sich Atomwaffen weltweit verbreiten. Wir werden dann in einer viel gefährlicheren Welt leben, und die Vereinigten Staaten werden viel, viel weniger sicher sein».

«Goodbye A-Waffen-Sperrvertrag?»

Es ist nur zu verständlich, dass die Kritiker dieses Geheimberichts so schwarz malen. Denn die bisherige strikte Grenze zwischen Nuklearwaffen und konventionellen Waffen würde aufgehoben werden. Atomwaffen würden also nicht mehr der Abschreckung dienen.

Sie würden von der Schreckenskammer in die konventionelle Waffenkammer verschoben werden. Was zur Folge hätte, dass der Atomwaffensperrvertrag ohne weiteres unterlaufen werden könnte. Bisher war dies das wichtigste Instrument, um die Verbreitung von Atomwaffen weltweit zu verhindern. Da dieser Vertrag Staaten ohne Atomwaffen garantiert, dass sie in keinem Fall mit nuklearen Waffen angegriffen werden. Wenn diese Garantie wegfällt, dürfte es für diverse Staaten keinen Grund mehr geben, nicht selber Atomwaffen zu entwickeln. Und die Hemmschwelle, um Atom-, Chemie- und biologische Waffen einzusetzen, würde garantiert weiter sinken.

Atomare Planspiele aus früheren Zeiten

Bei dieser jüngsten Diskussion sollte nicht vergessen werden, dass die USA und die NATO während des Kalten Krieges – angesichts der konventionellen Überlegenheit des Warschauer Pakts in Europa – bei der «Erwärmung» des Kalten Krieges nie einen atomaren Erstschlag ganz ausschlossen. Tatsache ist auch, dass die USA immer wieder Strategien entwickelten, wie ein Atomkrieg führbar und siegreich gemacht werden könnte. Eine weitere «verrückte Idee» ist die von Verteidigungsminister James Schlesinger und seinem Team unter Nixon.

Die Strategen unter seiner Leitung wollten von der Idee der grossen, unkontrollierbaren Kraft Nuklearbomben abrücken und schlugen die Entwicklung von wesentlich kleineren und kontrollierbaren Gefechtsköpfen vor. Mit diesen Minibomben sollten «nukleare Schüsse vor den Bug» möglich sein, ohne grossen Schaden anzurichten. Bleibt nur für die ganze Menschheit zu hoffen, dass Leute die Geschicke der Weltpolitik lenken, die den Frieden über alles wollen und keine Kriegstreiber, die den Tanz mit dem Teufel machen! Hoffen wir auf den Weltfrieden und vertrauen wir auf Gott.

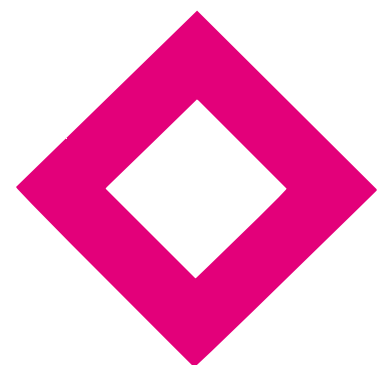
Das Rote Kreuz oder Kubismus-Allüren?



Das Symbol des Roten Kreuzes soll durch einen Roten Kubus ersetzt werden. Der Druck kommt aus den USA, wo die Regierung Bush Ende Februar sogar verlauten liess, sie wolle, dass die Genfer Konventionen so geändert würden, wie dies für den «Krieg gegen den Terror», ihrer Meinung nach nötig sei. Dies war die US Reaktion auf die Proteste der Welt gegen die Käfighaltung der afghanischen Gefangenen auf Guantanamo. Nicht das Verhalten, nein die Konvention soll geändert werden.

Die Broschüre «Das Rote Kreuz

oder Kubismus-Allüren», erschienen im Verlag Zeit-Fragen, zeichnet aber auch die historische Entwicklung des Roten Kreuzes und des humanitären Völkerrechts nach. Sie arbeitet dabei den in der Völkergeschichte einmaligen Beitrag unseres kleinen Landes zur Linderung der schweren Probleme der Völkergemeinschaft im Kriegsfall heraus. Diese Arbeit ist auch in «Current Concerns» (englisch) und in «Horizons et Débats», der französischen Ausgabe erschienen und auf der Homepage unter www.currentconcerns.ch abrufbar.



Lebenslange Verwahrung für nicht therapierbare, extrem gefährliche Sexual- und Gewaltstraftäter

Vor einigen Jahren wurde mein Patenkind von einem Wiederholungstäter entführt, misshandelt, mehrfach vergewaltigt und beinahe ermordet. Die Tatsache, dass unser Strafgesetzbuch leider eine verheerende Lücke aufweist, hat mich dazu bewegt, zusammen mit anderen Betroffenen und Gleichgesinnten eine Volksinitiative zu lancieren, die verhindert, dass extrem gefährliche, nicht therapierbare Sexual- und Gewaltstraftäter immer wieder, aufgrund der jährlichen Überprüfung, die Chance erhalten, in die Gesellschaft zurückzukehren und rückfällig zu werden. Anfang Mai 2000 konnten wir knapp 200'000 gültige Unterschriften einreichen. Diese überwältigende Zahl zeigte uns, dass das Schweizer Volk die Missstände in unserem Land erkannt hat und die Initiative befürwortet.

Gleichzeitig mit der Initiative steht auch noch die Revision des Strafgesetzbuches an. Deshalb haben wir das Gespräch mit der Rechtskommission des Nationalrates gesucht. Nach mehreren Diskussionen mussten wir nun leider feststellen, dass es auf diesem Weg keine Einigung geben wird. Die Kommission hat die Möglichkeit, unsere Forderungen in die Revision des StGB aufzunehmen, nicht wahrgenommen. Der Kompromissvorschlag, der uns unterbreitet wurde, ist leider weit von den Forderungen der Initiative entfernt. Er beinhaltet nach wie vor das Risiko, dass nicht therapierbare Täter die Chance haben, frühzeitig entlassen zu werden. Nicht therapierbare Täter sollen auch nach dem Entwurf für das neue StGB, genauso wie therapierbare Täter, einer jährlichen Überprüfung unterzogen werden. Das macht aber überhaupt keinen Sinn, weil bei den nicht therapierbaren Tätern der Grund für eine Überprüfung wegfällt. Man kann bei diesen Tätern nicht davon ausgehen, dass sich ihr Zustand verändert, weil ja mangels Erfolgsaussichten gar keine Therapie angeordnet wurde. Diesen Widerspruch nimmt die Rechtskommission in Kauf, obwohl eigentlich allen klar ist, dass es Täter gibt, die man nie mehr entlassen darf, weil sie ein enormes Risiko für unsere Gesellschaft bedeuten. Wenn man nun anerkannte Gutachter befragt, welche Täter sie nie mehr entlassen würden, so ist man sich schnell einig, und kann sogar namentlich aufzählen, welche Täter in diese Kategorie gehören. Sicher gibt es auch Grenzfälle, doch für diese können die von der Rechtskommission vorgesehenen Massnahmen für therapierbare Täter angewendet werden, die eine jährliche Überprüfung rechtfertigen.

Volksbegehren verletzt Menschenrechte nicht

Man wirft uns vor, unsere Initiative verletze die Menschenrechte. Das stimmt schlicht und einfach nicht! Die EMRK schreibt vor, dass Täter, bei denen man davon ausgehen kann, dass sich ihr Zustand, z.B. durch Therapie, Medikamente etc. verändern kann, in regelmässigen Abständen überprüft werden müssen. Dieser Satz wird nun fehlinterpretiert, weil man keine hieb- und stichfesten Argumente gegen unsere Initiative hat. Ausserdem wird jedes Wort unseres Initiativtextes auseinander genommen und verdreht, sodass der Eindruck von «technischen Mängeln» entsteht. Strafrechtsprofessoren geben sich alle Mühe damit.

Wir haben uns gefragt, was wohl die Beweggründe dieser sogenannten Fachleute und Politiker sein könnten, die versuchen, mit allen Mitteln zu verhindern, dass unsere Initiative angenommen wird. Es kann nur einen Grund geben. Niemand ist bereit, die Verantwortung zu übernehmen, die wir mit der Initiative den Fachleuten, den Politikern und den Psychiatern abfordern würden. Der Verwahrungssatz ist nämlich so formuliert, dass jeder Politiker, jeder Psychiater, jeder Fachmann die Verantwortung dem nächsten abschieben kann. Die jährlichen Überprüfungen ermöglichen das. Gutachter sowie Fachgremien müssen ja ihre Prognosen, was die Therapierbarkeit der Täter betrifft, nur für ein Jahr verantworten. Danach kommt schon der nächste Gutachter, der wieder das selbe Spiel spielen kann usw. usw.

Wenn dann aber irgendwann ein Gutachter sehr täterorientiert ist, (was leider nicht selten der Fall ist) besteht ein grosses Risiko, dass er eine positive Prognose über einen **(laut Gerichtsgutachten nicht therapierbaren, extrem gefährlichen)** abgibt. Wenn nun aufgrund dieser Prognose ein Täter entlassen und rückfällig wird, beginnt das Spiel erneut. Die Verantwortung wird abgeschoben. Niemand ist schuldig. Man spricht von einem Restrisiko, das eben nicht ausgeschlossen werden kann.

Resozialisierung hat immer Versuchscharakter!

Das muss auch unseren Politikern endlich klar sein. Bei gefährlichen Sexual- und Gewaltverbrechern darf die Gesellschaft nicht das Labor für solche Experimente sein. Einmal erkannt, müssen diese Täter für immer von der Gesellschaft ferngehalten werden. Wer glaubt,

das sei unmenschlich oder stehe einem Rechtsstaat nicht zu gute, der möge das den Angehörigen der Opfer erklären, die von Rückfalltätern ermordet wurden.

Das Restrisiko müsse eben die Gesellschaft tragen, sagen gewisse Politiker, Juristen und Psychologen bei jedem spektakulären Fall. Doch gerade in diesen Fällen müsste sie es nicht! Es ist umgekehrt.

Sicherheit und Schutz müssen auf der Prioritätenskala ganz oben stehen, vor allen anderen Überlegungen und Massnahmen! Die zuständigen Politiker, Juristen und Psychiater sollten endlich damit beginnen, die Verantwortung gegenüber dem Volk wahrzunehmen und das Schutzbedürfnis der Menschen ernstzunehmen.

Unsere Initiative wird sie dazu zwingen, ihre Gesetze so auszurichten, dass sie den Forderungen, die 200'000 Menschen in der Schweiz mit ihrer Unterschrift bekräftigt haben, gerecht werden.

Wir möchten nun so schnell wie möglich flächendeckend Komitees gründen um die Ziele unserer Initiative der Bevölkerung und den Parteien näherzubringen. Dazu brauchen wir nicht nur Geld- und Sachspenden, sondern auch Personen, die bereit sind, Referate zu halten.

Wenn Sie die Initiative unterstützen möchten, melden Sie sich bitte unter Tel. 076 585 74 84 oder per E-Post an anita.chaaban@bluewin.ch. Postadresse: Anita Chaaban, Postfach 559, 9471 Buchs

Weitere Informationen unter www.lebenslange-verwahrung.ch

Ziele der Schweizer Demokraten fürs 2002

1. Wir wollen eine weltoffene, trotzdem freie, direkt-demokratische, eigenständige, stolze Nation; Selbstbestimmung und Freiheit für Mensch und Wirtschaft. Exekutiven und Verwaltung sind Vollzieher des Volkswillens, der Verfassung und Diener des Volkes; keine Schulmeister und Manipulatoren der Nation mit Steuergeld und via Medien.

2. Das «freie Wort» als Eckstein der «freien Meinungsbildung» (BV Artikel 16) muss im Alltag, in Presse, Radio und Fernsehen konsequent garantiert, einseitige Information in allen Medien gestoppt werden. In vielen Gemeinden und ganzen Bezirken hat es nur noch eine einzige Zeitung. Pro und Kontra von Vorlagen, Regierende und Opposition brauchen gleich lange Spiesse, damit breit informiert werden kann, im Sinne der freien Meinungsbildung und zum Wohle aller!

3. Einseitige Beeinflussung der Jugend in Schulen und Kirchen muss rigoros gestoppt, fehlende Lehrer müssen ihres Amtes verwiesen werden. Der UNO-Maulkorb und die heutige Art seiner Anwendung ist unwürdig und falsch; er dient der Unterdrückung von Meinungen und einer Opposition gegen die unsinnige Zuwanderung aus aller Welt und des Missbrauches der Asyl- und Sozialeinrichtungen.

4. Abgaben und Steuern müssen reduziert werden, ebenso die familienfeindliche, asoziale (EU-) Mehrwertsteuer. Über 210 Milliarden Schulden (Bund, Kantone, Gemeinden) sollen endlich zurückbezahlt werden!

5. Stoppen wir die Einwanderung! Wir haben über 500'000 Arbeitsplätze verloren und trotzdem eine unsinnige Netto-Einwanderung! 60'000 jährliche Rückwanderer werden statistisch automatisch, still und heimlich durch immer neue Einwanderer ersetzt werden! 2001 sind über 98'000 echte – in der Statistik versteckte Neueinwanderer zu verzeichnen – ohne Asylanten und Papierlose! (... arme Krankenkassen) Die Verteuerung des Produktionsplatzes Schweiz durch immer dichtere Besiedlung muss gestoppt werden – davon profitieren händereibend Spekulant, Banken und Grossverteiler! Uns aber bleibt die Auslagerung von Arbeitsplätzen in billigere Länder – zum Schaden des Landes und unserer Jugend!

6. Kein Stimm- und Wahlrecht für Ausländer, weder in Gemeinden, Kantonen, noch auf Bundesebene, keine Doppelbürgerrechte für Einwanderer! Asyl gewähren kann ein kleines Land vorübergehend; ist die Gefahr vorbei, gehen die Gäste wieder nach Hause (Asyl auf Zeit). Verfolgte haben gemäss UNO ohnehin das nächste, regulär regierte Land (Nachbarland) zwecks Asyl anzulaufen. Einbürgerungen darf nur das Volk beschliessen; der Hauptschlüssel zur Integration ist und bleibt unsere Sprache.

7. An Arbeitsplätzen haben Schweizer und Niedergelassene Vorrang. Erwerbslose, Ausgesteuerte sind in den Arbeitsprozess einzugliedern, bevor neue, billigere Arbeiter ins Land geholt werden mit der heuchlerischen Begründung: «wir brauchen Hochqualifizierte...»

8. Jede Droge ist strikte zu bekämpfen. Hanf ist die Einstiegsdroge Nummer eins! Kriminelle und Dealer sind endlich strikte, ohne wenn und aber auszuweisen!

9. Umwelt-, Natur- und Tierschutz-Massnahmen müssen überall gelten. Beim hochgejubelten Öffnen von Märkten darf weder Lohn-, Sozial- noch Umweltdumping resultieren. Nationale Betriebe sind zu schützen, Multisierungen gefährlich! (z.B. Opferung der Bauern)

10. Jeder ist Soldat, eine tüchtige

Milizarmee verteidigt unsere Grenzen, Freiheit und Neutralität. Wir wollen keine «fremden Richter», keine «fremden Herren» (Truppen)! Grenzen und Zollstationen müssen bewacht, illegale Übertritte effizient verhindert werden, Abgewiesene das Land unverzüglich verlassen. Es darf keine Gelegenheit geben, wo sie ihre Papiere vernichten können, denn genau so entstehen die «Papierlosen»...

(Beschluss: Jahresversammlung, Weinfelden, 15. März 2002)

Wir Schweizer als grosse Umweltsünder



Robert Berner,
Rheinfelden

Von uns Steuerpflichtigen bezahlt, erstellten Professoren in zehnjähriger Arbeit eine Umweltstudie: eine Totgeburt. Ähnlich dem Bergier-Bericht macht sie uns Schweizer zu Umweltsündern.

Wir verstossen gegen bestehende Gesetze über Luftreinhaltung und Lärmschutz. Wir sind schuld daran, dass sich in der Schweiz in hundert Jahren die Temperaturen überdurchschnittlich erhöht haben. Dem wollen die Verfasser mit der «ökologischen Steuerreform» zu Leibe rücken. Und so würde die ökologische Steuer zu einer neuen Steuer. Denn – Steuer hin oder her – im Winter müssen wir hierzulande heizen.

Die Wahrheit

Unsere Vorgänger haben aus Not grosse Gemeinschaftswerke vollbracht. Einige davon: der Kanderdurchstich (schon 1712), die Linthkorrektur (1807 begonnen), die Juragewässerkorrektur (ab dem 18. Jahrhundert), die Entsumpfung der malaria-verseuchten Magadino-Ebene (1888 bis 1931) als grösste Werke. Was an Biotopen zerstört werden musste, machen Freunde der Natur wieder soweit möglich gut (im Rheinfelder «Fröschenweiher» sind die Amphibien jetzt amLaichen). Und die Wälder! Zu Zeiten der Landvögte im Tessin (ab 1515) waren die Bergwälder geschützt. Wegen herrschender grosser Armut holzte sie der junge Kanton (ab 1798) teils ratzekaht ab, so die Steilhänge im Onsernone, des Val di Campo (Campo «das gleitende Dorf»), im hochgelegenen Pontirone (Abtransport auf hölzernen Gleitbahnen), die Kuppen und

Tobel im Val Colla. Durch Flösse- und anschiessende Erosion entstanden Murgänge, Überschwemmungen bis nach Lugano. Ganze Hangdörfer gerieten ins Gleiten. Längst ist der Umweltschutz verwirklicht. Förster und Patriziate haben (mit Bundeshilfe) Gewaltiges geleistet. Fotos von 1900 und heute sind der Beweis. Leider wurde vielerorts durch Gesetze (Verbot des Bürgerholzes) die sinnvolle Holzverwertung unterbunden, sodass heute in nie dagewesenem Umfang wertvolle nachwachsende Energie verrottet. Im 19. Jahrhundert war Holz durch Steinkohle ersetzt worden; die ausgeraubten Wälder erholten sich. Die Waldfläche ist grösser als je. Mit der Kohlefeuerung einher ging eine unvorstellbare Luftverschmutzung. Man müsste den Bahnhof Basel zeigen, zur Zeit des Dampftetriebs. Noch immer sind die Tunnelwände rabenschwarz. Welche Atemluft damals! Welche Pioniertat der Schweiz war die Elektrifikation der Bahnen: Wer in Realp das Einheizen der Lokomotive der Furka-Bergstrecke sah, kann sich vorstellen, wie es früher überall bei uns war. Nie mehr fahre ich im offenen Wagen durch Tunnel dieser Bergstrecke. Aber auch nicht hinter einem stark rauchenden ausländischen Diesellastwagen auf der Gotthard-Autobahn. Dies haben uns Bundesräte eingebrockt. Hat nicht Bundesrat Ögi feierlich versprochen, es würden niemals 40-Tönnner bei uns zugelassen? Und heute? Aus dem Zugfenster sieht man es: kilometerlang Fahrzeug an Fahrzeug ausländische, riesige Lastwagen.

Erhöhte Sterblichkeit?

Das Forschungsergebnis kam auf ein erhöhtes Sterberisiko mit jährlich 1300 vorzeitigen Todesfällen und 18'000 Bronchitistodesfällen. Die Verfasser vergessen Tausende Tuberkulose-tote jährlich (und die weltweit 20 Millionen Grippetoten nach dem Ersten Weltkrieg). Die durchschnittliche, sehr hohe Le-

benserwartung ist seither (für die Versicherungen) zum ernstesten Problem geworden. Wir werden zu alt: Mein Rheinfelder Grossvater starb mit 62, die Grossmutter schon mit 60, zwei Schwestern meiner Mutter als Kleinkinder, zwei ihrer hoffnungsvollen Brüder mit 19 und 23 Jahren. Mein Vater dagegen, 1889 geboren, verstarb 1989, ich selbst bin jetzt 84-jährig und leide weder unter Luftverschmutzung noch Lärmbelastung. Auch hier werden – in der Studie – die früher viel schlechteren Lebensbedingungen unterschlagen.

Schrumpfender Lebensraum

Wir sind zu viel. Aus dem – im Weltmassstab – kleinen Europa wanderte man aus: nach Amerika, Australien, einst noch nach Ostpreussen oder Russland. 1939 zählte unser Land um vier Millionen Einwohner. Millionen wären ökologisch zu verkraften (hiess es früher). Trotz damaliger Übervölkerung haben wir als «einig Volk von Brüdern» alle Beschwerden und Fährnisse der Kriegsjahre überstanden. Eben gelesen habe ich – in italienischer Sprache – die Abhandlung eines Jahrgängers, wie bedroht – von Mussolini und Hitler – die Südschweiz war.

Wie die Tessiner unerschrocken Flüchtlingen halfen. In Ascona bekamen jüdische Flüchtlinge jahrelang ihre Lebensmittel von privaten Händlern auf Kredit. 50'000 Kinder wurden aus den Grenzgebieten aufgenommen, als man sie vor dem Krieg in Sicherheit brachte. Diese Leistungen sind – mit der genannten Ausnahme – vergessen. Jetzt sind wir weltweit auf der Anklagebank. Schweizer schwärzen Schweizer an.

«Öffnung» ist heute angesagt

Der beschlossene UNO-Beitritt steht im Zeichen der «Öffnung». Als ob wir nicht schon offen gewesen wären. Von 4 Millionen hat sich die Einwohnerzahl unseres enggestuhlten Landes auf 7 Millionen beinahe verdoppelt. Dies zur Freude des Baugewerbes, aber zum Schaden der Natur. Innert weniger Jahre wurde mehr gebaut als in den 2000 Jahren unserer Geschichte. Die Warnungen des «Club of Rome» sind wirkungslos verpufft. Multikultur wird herbeigewünscht. Ob die Zuwanderer aber unserem Land auch Sorge tragen, ist die Frage. Sicher wird, was jetzt und später hier schief läuft, uns Schweizern, nur uns Schweizern, angelastet: Umweltsünder.

Weltweite Völkerwanderung

Ein Schweizer Abonnent und Mitglied, seit langem in Neuseeland lebend, berichtet von dort:

Mit der Ankunft immer weiterer Einwanderer aus fremden Kulturen – nicht nur aus Ozeanien, sondern auch aus Äthiopien, Afghanistan und Somalia – verschärfen sich die Spannungen unter den verschiedenen Rassen immer mehr. Es vergeht kein Wochenende, an dem sie sich nicht spitalreif schlagen. In Auckland, der grössten Stadt Neuseelands, kommt es öfters zu verheerenden Gewalttätig-

keiten unter Einwanderern von Südsee-Inseln. Deswegen reiste sogar der König von Tonga nach Auckland, um zwischen Samoanern und Tonganern Frieden zu stiften. Weit gefehlt: nur drei Wochen danach ermordete ein eingewanderter Samoaner einen jungen Tonganer. Ähnliches spielt sich auch bei uns zwischen Einwanderern ab. Doch zuletzt sind wir Schweizer die Rassisten, wenn wir nicht gerade jeden Bewerber um das Schweizerbürgerrecht aufnehmen. R.B.

Klageschrift an Bern:

Unwürdiges Volkszählungs-Spielchen

WS. 2000 – das Jahr einer wunderlichen Volkszählung! Spät kommen Resultate, und offen gelegt werden nur wenige Dinge: Über 20% Ausländer, dabei wurden Zehntausende eingebürgert, verschwanden aus der Tabelle und wurden gleich wieder durch neue Heere ersetzt! Anstatt unsere eigenen Familien zu fördern und finanziell zu stützen, meinen die Ämter, «man habe die demographische Alterung der CH-Bevölkerung dank Einwanderung bremsen können». Was für ein Schwachsinn, denn viele Kinder haben vor allem eingewanderte Muslime!

Wieder «Rassistische Vorfälle 2001»

WS. Wieder bringen Dr. Dr. h. c. Sigi Feigel und der linke Reporter Hans Stutz mit Steuergeldern ein Buch heraus, genannt «Rassistische Vorfälle in der Schweiz» von 2001, um die Rassendiskriminierung und Widerhandlungen gegen Artikel 261^{bis} Strafgesetzbuch zu dokumentieren. Darin werden vor allem und skandalöserweise auch jene Einbürgerungsfälle aufgeführt, die an der Urne demokratisch vom Volke abgewiesen wurden. Was ist das für ein Skandal in diesem Lande?



Kanton Aargau










SD Aargau befürworten die Abgabe von Pfefferspray

an Angehörige der Armee und fordern Pilotversuch bei Aargauer Rekruten

Die Schweizer Demokraten SD des Kantons Aargau unterstützen den Vorschlag von Bundesrat Samuel Schmid, die Schweizer Soldaten mit Pfefferspray auszurüsten. SD-Nationalrat Bernhard Hess, Bern, hat dies bereits anlässlich der Herbstsession 2001 in einem parlamentarischen Vorstoss gefordert. Es ist für die SD Aargau schon bemerkens-

wert, dass sich der VBS-Chef dem Anliegen der Schweizer Demokraten nun anschliessen kann. Die brutalen Übergriffe gegen Korporalen und Rekruten hat in den letzten Monaten ein nicht zu unterschätzendes Ausmass ausgenommen und darf nach Auffassung der SD Aargau nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Begonnen haben die brutalen Angriffe durch ausländische Schlägertypen auf Korporale und Rekruten am 6.8.2001 in Aarau. Inzwischen wurden an verschiedenen Orten in unserem Land ebenfalls ähnliche und unentschuld bare Übergriffe auf Angehörige der Armee registriert. SD-Grossrat Kurt Aeschbach, Dürrenäsch, hat kurz nach dem in Aarau verübten Angriff auf Soldaten der Schweizer Armee im Grosse Rat des Kantons Aargau einen gewaltbezogenen parlamentarischen Vorstoss eingereicht. Nach Meinung der SD Aargau hat der Regierungsrat bei der Beantwortung dieses Vorstosses die Gewaltanwendung im Allgemeinen als geringfügig dargestellt und als nicht alarmierend eingestuft. Für die SD Aargau sind derartige brutale Angriffe gegen Soldaten der Schweizer Armee auch Anschläge gegen unseren Staat und sind durch den Regierungsart und die Landesregierung ohne Wenn und Aber zu verurteilen. Die SD Aargau verlangen zur Eliminierung der Gewaltanwendung an Angehörigen der Armee einschneidende Massnahmen und fordern deshalb, dass sämtliche Aargauer Rekruten in einem Pilotversuch mit Pfefferspray ausgerüstet werden. Der von der Armeespitze verordnete Befehl «Abhauen» ist nach Auffassung der SD Aargau für jeden Wehrmann entwürdigend und muss als «untauglich» abgelehnt werden, denn die Schweiz ist «noch» keine Bananenrepublik.

Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
Aargau 	Bezirke Baden / Brugg / Zuzach Bezirkspartei Lenzburg Aargau West	Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Lindenhof in Schafisheim Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr bei Aarau
Baselland 	Sektion Reinach und Umgebung	Jeden ersten Montag im Monat um 19.30 Uhr Stamm im «Reinacherhof»
Basel Stadt 	Kantonalpartei Basel	Stammtisch jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Rheinfelderhof
Bern 	Stadt Bern Sektion Berner Oberland-Ost und Berner Oberland-West Sektion Ob- und Nid Aargau/ Mittelland/ Emmental Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen Sektion Thun/Konolfingen	Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern. Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg Stammtisch jeden dritten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal, Tel. 062 - 922 79 29 SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg Stamm jeden letzten Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Romantic, Pestalozzistr. 95, Thun
Luzern 	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstrasse 103, Luzern
St. Gallen 	Sektion St. Gallen und Umgebung Sektion Wil und Umgebung	Stamm-Abend jeden letzten Mittwoch im Monat ab 19.30 Uhr in einem Saal des Restaurants Dufour, St. Gallen. Achtung: Nach den Sommerferien Stamm-Abende im Restaurant Hirschen (Bus Nr. 1, eine Station nach Kantons-spital, Haltestelle St. Fiden). Informationsabend jeden 2. Montag im Monat um 20.00 Uhr im Restaurant Fass in Wil.
Zürich 	Sektion Dielsdorf Sektion Hinwil Sektion Limmattal Sektion Uster Sektion Winterthur	Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hardegg (beim Bahnhof), Regensdorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Bahnhof, Bubikerstr. 9, Dürnten Stammtisch jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Nassacker in Schlieren Stammtisch jeden zweiten Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hecht in Dübendorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hörnli, Winterthur-Töss

Aargau West – neuer regionaler Stammtisch

Der Kantonalvorstand der SD Aargau hat an seiner Sitzung vom 5. April 2002 in Aarau die politischen Aktivitäten in einem Teil des Kantons Aargau neu beurteilt und auch auf vielseitigen Wunsch einen regionalen Stammtisch «Aargau West» ins Leben gerufen. Dieser Stammtisch ist vor allem für die Bezirke Aarau, Bremgarten, Kulm, Lenzburg, Muri, Zofingen sowie das Fricktal gedacht. Der Stammtisch «Aargau West» findet jeweils am 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr bei Aarau statt.

Kantonalvorstand SD Aargau

Die Aargauer Steuerzahler sind keine Milchkühe:

SD Aargau gegen Steuererhöhung um 2 Prozent

Die Schweizer Demokraten SD des Kantons Aargau sprechen sich ohne Wenn und Aber gegen das Vorhaben des Aargauer Regierungsrates aus, die Steuern wegen der Sondermülldeponie Kölliken (SMDK) sowie der Pensionsversicherung der Lehrpersonen um 2 Prozent zu erhöhen. Es ist für die SD Aargau nicht nachvollziehbar, dass jetzt die Aargauer Steuerzahler für das jahrelange Sondermülldebakel zur Kasse gebeten werden. Die SD Aargau fordern

deshalb den Regierungsrat auf, die für die Sanierung der SMDK nötigen Finanzmittel bei den industriellen Unternehmen sowie den Grenzkantonen, welche dieses Umweltschlamassel gerade so zu verantworten haben, geltend zu machen. Die SD Aargau werden jedenfalls alle parlamentarischen Hebel in Bewegung setzen, damit diesem finanzpolitischen Konzept des Regierungsrates, die Steuern zu erhöhen, eine klare Absage erteilt wird.

SD Kulm fordern Drogen- und Handyverbot bei der WSB

Die Schweizer Demokraten SD des Bezirks Kulm fordern von den Verantwortlichen der Wynen- und Suhrentalbahn (WSB), dass in den Zügen ein striktes Drogen- und Handyverbot in Erwägung gezogen wird. Die SD Kulm begründen diese Forderung damit, dass es sich bei der WSB um ein von den Steuerzahlern subventioniertes öffentliches Verkehrsmittel handelt, welches nicht zu «Kifferstüblis und Telefonkabinen» umfunktioniert

werden darf. Die Verunreinigungen in den Wagenabteilen – vorwiegend in den Raucherabteilen – sind für die Zugpassagiere und somit auch für die Steuerzahler nicht mehr länger hinzunehmen. Diesen auf die allzu leichte Schulter genommenen Umwelterscheinungen der «vergoldeten Jugend» kann nach Ansicht der SD Kulm nur mit einem entschiedenen Drogenkonsum- und Handyverbot begegnet werden.

Völkermord im Nahen Osten

SD Aargau fordern Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Israel

Der Kantonalvorstand der Schweizer Demokraten SD des Kantons Aargau hat sich an seiner Sitzung vom 5. April 2002 in Aarau unter anderem auch mit den Greueln im Nahen Osten befasst. Die SD Aargau sind über die Eskalation der Gewalt zwischen Israel und der palästinensischen Bevölkerung entsetzt. Die brutale und unentschuld bare Gebietsbesetzung durch die israelische Armee ist nach Ansicht der SD Aargau widerrechtlich, barbarisch und eines zivilisierten Staates unwürdig. Bei dieser Spirale des Todes handelt es sich nach Auffassung der SD um Völkermord und sollte von der

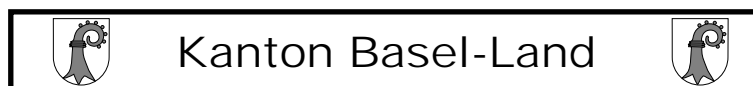
UNO, welche einmal mehr einem Gemetzel des Schreckens mit unverständlicher Gelassenheit begegnet, verurteilt werden. Die SD Aargau fordern vom Bundesrat den ersten Schritt zu tun und die gravierenden Menschenrechtsverletzungen durch Israel zu verurteilen, sich für UNO-Friedenstruppen stark zu machen sowie die diplomatischen Beziehungen mit Israel solange abzubrechen, bis sich die israelische Armee aus dem widerrechtlich besetzten Gebiet zurückgezogen hat.

*alle Medienmitteilungen SD des Kantons Aargau,
René Kunz, Kantonalpräsident*

sind auch sämtliche SD-Wahlplakate für die Grossratswahlen in der Innenstadt beschädigt worden. Die SD zeigen sich zuversichtlich, dass infolge der Personalienaufnahme

der Straftäter erstmals auch ein Teil der Chaoten belangt werden kann.

*SD-Medienmitteilung vom
18. März 2002*



Kanton Basel-Land

Erschreckende Folgen des Lehrermangels

Seit geraumer Zeit werden wir über die Medien darüber informiert, dass unsere Schulen im ganzen Kanton über Lehrermangel klagen. Es gibt offensichtlich immer weniger junge Leute, die sich dieser Berufung stellen wollen. Denn des Lehrers tägliche Arbeit ist wesentlich mehr als «arbeiten» und «Geld verdienen». Die Tragweite ihres Pflichtbewusstseins beeinflusst in beträchtlichem Masse die Zukunft junger Menschen, unserer Schülerinnen und Schüler.

Zusätzlich sind unsere Klassen, je länger desto mehr, von Kulturdurchmischungen geprägt. Nebst Sprach- und Verständigungsschwierigkeiten erschweren kulturelle Konflikte die Einhaltung des Stoffplanes. Trotzdem und nicht zuletzt deshalb wird von den Schülern immer mehr erwartet und gefordert. Der Stoffumfang wird mit jeder Schüलगeneration breiter und umfangreicher. Und schlussendlich werden mögliche Lehreranwärter mit der zum Teil veralteten, von «kleinen Königen» regierten, von einer Kulturgemeinschaft namens «Lehrerkollegium» kontrollierten Umgebung konfrontiert.

Trotz, oder gerade wegen des Lehrermangels sollten wir nicht nur strenge Anforderungen an auszubildende Anwärterinnen und Anwärter, sondern in vermehrtem Masse auch an den amtierenden Lehrkörper stellen. Damit zumindest der Eintritt junger Pädagogen in die bestehende Lehrstruktur nicht erschwert oder gar verunmöglicht wird.

So geschehen in gewissen Klassenzimmern mit unseren Kindern, unter Ausschluss der Öffentlichkeit, die unglaublichsten Selbstherrlichkeiten und Eigenwilligkeiten gewisser Lehrkräfte. Es gibt Lehrer, die ihren Beruf mit kleinstmöglichem Aufwand und grösstmöglichem finanziellen Gewinn ausüben. Und es hat auch Lehrer, die mit ihren längst verblichenen Leistungen ihren heutigen schlechten Stand zu halten versuchen. Lehrkräfte, die sich sehr wohl bewusst sind, dass sie eine Stelle besetzen, die nur schwer wieder besetzt werden kann. Sodann gibt es auch Lehrer, die von der aktuellen Marktsituation profitieren und gleichzeitig einem besseren den Platz verweigern, oder Lehrer, die ihrem Umfeld so zusetzen, dass sie

das Schulsystems als ihren persönlichen Spielplatz missbrauchen.

Viele Eltern wissen um die bedenklichen Zustände, trauen sich aber verständlicherweise im Interesse ihres eigenen Kindes nicht zu reagieren. Die Kinder sind dann möglicherweise den Launen und der Missgunst des Lehrers ausgesetzt. Genau mit diesen Ängsten operieren diese Lehrer und lassen dadurch alle Bedenken im Keim ersticken.

Es gibt aber auch eine klare Mehrheit von Lehrkräften, die positiv wirken. Glücklicherweise ist die Mehrheit des Lehrkörpers motiviert, im Sinne der Kinder zu unterrichten. Gott sei es gedankt, dass diese Lehrerinnen und Lehrer ihren Beruf ernst nehmen und wissen, dass das Lehrersein mit einer ganz besonderen Stellung in unserer Gesellschaft verbunden ist. Von der Verantwortung her als Vorbild für die jungen Menschen, als Moderatoren unserer zukünftigen Gesellschaft und als aktive Stütze unseres freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaates. Leider leiden aber auch diese Lehrer unter den Auswirkungen einzelner schwarzer Schafe. Auch sie sind auf die Reaktionen der Eltern angewiesen. Wir könnten möglichen zukünftigen Generationen von Lehrpersonal zeigen, dass die heute zum Teil unhaltbaren Zustände nicht der Massstab sind, dem sie sich unterjochen müssen. Lehrer werden darf nicht bedeuten, sich in eine bequeme Warteschlange stellen zu müssen, bis jüngere sich von veralteten Strukturen lösen können. Lehrersein darf kein Freibrief dafür sein, ohne Rücksicht auf den jüngeren in beliebige kulturelle oder organisatorische Richtungen zu wuchern.

Es ist Zivilcourage gefragt. Im Interesse unser Kinder, der zukünftigen Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, und der verantwortungsvollen Lehrerschaft. Blicken wir auf die letzten 15 Jahre zurück: Die Entwicklung geht sichtlich in die falsche Richtung. Die Schweizer Demokraten stehen für die lokale Kultur, für ein Recht auf verantwortungsvolle Auszubildner und für eine ungehinderte Entwicklung unserer zukünftigen Miteidgenossen ein. Profiteure, die unser Schulsystem für die eigenen Interessen missbrauchen, gehören nicht an die Schule.

Roger Metzger, Pressechef



Kanton Bern

SD: Strafanzeige gegen Antifa

Die Schweizer Demokraten (SD) nehmen mit Besorgnis und Empörung von den schweren Ausschreitungen anlässlich des «3. antifaschistischen Abendspaziergangs» Kenntnis. Insbesondere fordern die SD die Behörden auf, gegen die dingfest gemachten linken Gewalttäter mit der ganzen Härte des Ge-

setzes vorzugehen. Die Linksextremen sind nicht länger mit Samthandschuhen anzufassen. Namens der SD hat Nationalrat und Wahlkampfleiter Bernhard Hess heute bei der Stadtpolizei eine Strafanzeige wegen Sachbeschädigung deponiert. Im Zuge des antifaschistischen Saubannerzuges

Trotz verlorenem Abstimmungskampf, mit Engagement und Freude in den Politalltag

Die Arbeit der SD Sektion Wil wird honoriert

Der Präsident der Schweizer Demokraten Sektion Wil, Hans Wohlwend, lud am Montag zur 15. Hauptversammlung ein. Der vor den Abstimmungen bekämpfte UNO-Beitritt halte noch etwas nach, trotzdem schauen die Mitglieder guten Mutes in die Zukunft. Mehr Mitglieder und eine grosse Unterstützung ihrer politischen Arbeit durch Gönnern und Spendern war die Bilanz im vergangenen Jahr.

«Leider haben wir den Abstimmungskampf gegen einen UNO-Beitritt verloren und werden somit sicher auch ein Stück der direkten Demokratie einbüßen», meinte Wohlwend in seiner Einleitung, «denn in der UNO heisst es die Starken tun was sie können und die Schwachen erleiden was sie müssen.» Doch wer zulasse, dass das Überleben der eigenen Armee von Verbündeten abhängig werde, was gegenwärtig in vollem Gang sei, werde eines Tages ein trauriges Erwachen erleben, warnte er. Während an internationalen Sport-Weltmeisterschaften jedes Land

Flagge zeige, scheine dies im täglichen Leben und vor allem in der Politik verpönt zu sein.

2001 in Revue

Dann liess er in Revue das vergangene Jahr passieren, erinnerte an das 40-jährige Bestehen der Schweizer Demokraten, an seinen Rücktritt nach acht Jahren als Gemeinderat aus dem Wiler Parlament und an die Nachfolge, die damit Marcel Haag angetreten habe, er erinnerte aber auch an die Nationale 1.-August-Feier der SD auf dem Nollen, organisiert durch die Sektion Wil. Gegen 400 Personen aus der ganzen Schweiz wohnten der Feier mit Alphorn, Ländlerkapelle, Jodlern und Fahnschwinger, bei. Hans Wohlwend erwähnte nebst den Nationalen Abstimmungsthemen auch die Technischen Betriebe Wil (TBW), die privatisiert werden sollte und gegen dieses Ansinnen sich die SD-Sektion Wil einhellig stellte. Mit Steuergelder aufgebaut und heute auf einer beachtlich stabilen Finanzba-



Marcel Camenzind, Dorli Wohlwend, Hans Wohlwend, Heidi Egli und Marcel Haag wurden wieder einstimmig als Vorstand bestätigt.

sis, dürfe dieses Unternehmen nicht gefährdet werden. Und so nahm die SD mit Erleichterung vom Parlamentsentscheid gegen eine geplante AG Kenntnis.

Politkurs wird honoriert

Die Geschäfte ging rasch und speditiv über die Bühne, der Vorstand sowie der Präsident wurden erneut

für ein Jahr einstimmig gewählt. Der Mitgliederbeitrag konnte gewohnt tief beibehalten werden: Dies zum einen dank dem aktiven Engagement aus den Reihen der Sektionsmitglieder, zum anderen auch, weil diese Arbeit durch regelmässige Gönnern- und Spendenbeiträge gestützt wird. Auch die Mitgliederzahl der Sektion nimmt langsam aber stetig zu.



Kanton Thurgau



Antrag der Geschäftsleitung an die Jahresversammlung

Die Parteileitung der SD Thurgau wird hiermit beauftragt, im Thurgau, aber auch im ganzen Lande dafür zu sorgen, dass die Bürger wieder breit und umfassend gemäss BV Artikel 16 informiert werden. **Die breite und freie Meinungsbildung ist der unverzichtbare Eckstein unserer direkten De-**

mokratie. Leider gibt es heute in vielen Bezirken und Gemeinden nur noch eine einzige Tageszeitung. Diese einzige Tageszeitung will meist auch im Thurgau einseitig und parteiisch informieren. Wir stehen also erst am Anfang eines existenziellen Lernprozesses gewisser Redaktoren und Zeitungs-

verlage. Trotzdem müssen in diesem Bereiche unbedingt demokratische Fortschritte erzielt werden. Gleichzeitig wären aber auch viele Zeitungsverlage froh, wenn sie mehr Abonnenten und Inserenten gewinnen könnten, um so ihre Rendite zu steigern. Was also liegt für beide Seiten näher, als eine möglichst breite Information zu praktizieren, Informationen von allen Parteien zu bringen! Gleich lange Spiesse für Pro und Kontra, für Regierende und Opposition. So bekommt eine Zeitung immer mehr Leser und Inserenten – was will ein Verlag mehr?

Die Jahresversammlung beauftragt

hiermit die Thurgauer SD, aktiv zu werden; **der besagte Eckstein der direkten Demokratie ist wichtiger als jede Sitzung** oder Aktivität einer ganzen Partei. Natürlich müssen auch die Bürgerinnen und Bürger aktiv werden. Ihre Telefonate in die Zeitungsredaktionen sind unerlässlich. Abonnenten und Inserenten dürfen nicht müde werden und müssen immer wieder die umfassende Information ausdrücklich verlangen! «Die Seite der Opposition» wäre ein sinnvoller Schritt für jede Zeitung, ganz egal, wer sie herausgibt. Diese Seite müsste dann auch für Stellungnahmen der SD offen sein.

Pointierte Jahresversammlung der Schweizer Demokraten in Weinfelden

Bundesrätliche Abstimmungspropaganda verletzte Bundesverfassung

Zu einer bewegten, auch von sichtbarer Enttäuschung und Resignation geprägten Aussprache gestaltete sich die Jahresversammlung der Schweizer Demokraten, die zum 14. Mal unter der Leitung ihres Präsidenten Willy Schmidhauser stand. Zu Höhepunkten wurden der Vortrag der Juristin Marianne Wüthrich, die zehn politischen Ziele, die sich die SD gesetzt haben, und die Bitte an Bundesrat Joseph Deiss, zurück zu treten. Sein Verhalten im Abstimmungskampf um den UNO-Beitritt habe das Vertrauen in unsere direkte Demokratie vollends er-

schüttert, begründen die Schweizer Demokraten ihre Forderung. Das entsprechende Schreiben an Deiss wurde von der Versammlung einstimmig mit einer einzigen Stimmenthaltung gutgeheissen.

Das freie Wort als Eckstein der Demokratie

In zehn inhaltschweren Thesen verpackt, verlangen die SD eine zwar weltoffene, dennoch freie, demokratische, eigenständige Schweiz, einen Einwanderungsstopp, Steuerersenkungen und die strikte Bekämpfung von Drogen jeder

Art. Gleichzeitig lehnen sie unter anderem die einseitige Beeinflussung Jugendlicher in Schule und Kirche und das Stimm- und Wahlrecht für Ausländer ab. Ausserdem hätten Schweizer und Niedergelassene einen vorrangigen Anspruch auf freie Arbeitsplätze. Letztendlich rufen sie nach einer starken Milizarmee, einem ausgebauten Natur-, Tier- und Heimatschutz und dem ungehinderten Zugang zu Presse, Radio und Fernsehen. Das freie Wort als Eckstein der Demokratie müsse von den Medien ohne Einschränkung übernommen werden. In die gleiche Kerbe hieb die

Partei mit ihrem Rücktrittsgesuch an Aussenminister Joseph Deiss, dem sie vorwirft, mit dem mit Steuergeldern bezahlten, von ihm inszenierten propagandistischen UNO-Abstimmungskampf habe er ein tieferes und vor allem faires Pro und Kontra im Keim erstickt. In seinem Auftrag hätten weit über 400 UNO-Propagandisten mit über 60 mehrsprachigen Publikationen das Volk manipuliert. Das freie Wort und damit die freie Meinungsbildung, wie sie nach Artikel 16 der Bundesverfassung garantiert wären, seien bewusst unterdrückt worden.

«Die Exekutive als Diener oder Gegner des Volkes?»

Die Referentin, Frau Dr. iur. Marianne Wüthrich, Zürich, legte in klaren Worten dar, welchen fragwürdigen Weg der Bundesrat seit der EWR-Abstimmung vor 10 Jahren mit seinen aufwändigen Abstimmungs-Kampagnen beschritten hat. So hat sich der Bundesrat mit ungeheurem finanziellem und personellem Aufwand in den Abstimmungskampf für den Uno-Beitritt der Schweiz gestürzt. Heerscharen von Bundesbeamten und PR-Beratern wurden eingesetzt, um das Stimmvolk zu einem Ja zu bringen. Und dies notabene zu einer sog. Volksinitiative, die gar nicht zu Stande gekommen wäre, wenn nicht im Bundeshaus kräftig nachgeholfen worden wäre, um die 100'000 Unterschriften in letzter Minute noch zusammenzubringen. Wie kommt der Bundesrat dazu, sich derart über das Prinzip der Gewaltenteilung hinwegzusetzen? In den letzten Jahren bekommt man als Bürger den unangenehmen Eindruck, dem Bundesrat werde die direkte Demokratie zunehmend lästiger. Nun hat die Propagandazentrale im Bundeshaus im November 2001 einen Bericht herausgegeben unter dem Titel «Das Engagement von Bundesrat und Bundesverwaltung im Vorfeld von eidgenössischen Abstimmungen». (Der Bericht kann im Bundeshaus bestellt werden oder ist unter www.admin.ch im Internet zu finden.) Was da die «Arbeitsgruppe Konferenz der Informationsdienste» (AG KID) unter Leitung von Vizekanzler Achille Casanova über ihre eigenen Machenschaften verrät, ist erstaunlich.

Der erstaunte Bürger liest hier, heute gelte ein «neues Demokratieverständnis». Der Bundesrat sei geradezu verpflichtet, sich für die vom Parlament genehmigten Vorlagen im Abstimmungskampf zu engagieren. Dabei setzt er auch bewusste Manipulationsmethoden ein, wie im Bericht zu lesen ist. So griffen die Bundesbehörden vor der EWR-Abstimmung in einem bisher nicht gekannten Ausmass in den Meinungsbildungsprozess ein, mit einem Kredit von 6 Millionen Franken. Auf der Emotionsebene sollte bei den Stimmberechtigten «Enthusiasmus, Optimismus und Vertrauen hervorgerufen werden.» Da der EWR-Vertrag trotz dieses Aufwandes von Volk und Ständen abgelehnt wurde, legte Bundesbern bei der BV, bei LSVA und Finöv, bei den Bilateralen Verträgen, dem Militärgesetz und jetzt beim Uno-Beitritt einige Zacken zu. Von Plakatkampagnen über einseitige Ausstellungen, über Musterleserbriefe (!) und Massen-CD-Versände bis zu hunderten von Auftritten der Bundesräte in Fernsehsendungen und Podiumsveranstaltungen liess der Riesen-Informationsapparat im Bundeshaus nichts unversucht, um das Stimmvolk zum «richtigen» Abstimmungsverhalten zu bringen.

Die Exekutive als Diener oder Gegner des Volkes? Der höchst bedenkliche Weg, den Bundesbern beschritten hat, kann zum Ende der direkten Demokratie führen, wenn wir Bürgerinnen und Bürger nicht raschmöglichst einen Stopp setzen.

Offener Brief an Herrn Bundesrat Joseph Deiss

Sehr geehrter Herr Bundesrat Deiss

Von allen Stimmberechtigten hat nicht einmal ein Viertel für Ihre UNO-Vorlage gestimmt. Viele sind gar nicht an die Urnen gegangen, weil sie «dieses Theater einfach satt haben...» (org. Zitat) Unsere Demokratie hat durch Ihr Verhalten viel von ihrer Glaubwürdigkeit eingebüsst. Was wir aber als viel schlimmer betrachten, ist der gewaltige Ärger und die Wut, die Ihre «Neuerungen» bei vielen Menschen im Lande ausgelöst haben. Die Jahresversammlung 2002 unserer SD-Partei bittet Sie darum höflich um **Ihren sofortigen Rücktritt** und begründet: 1. Schon bei der Unterschriftensammlung für diese Initiative half ein ganzer Bundesapparat – bezahlt mit unseren Steuern – sechs Wochen vor Ablauf der Sammel-

frist zusätzliche 40'000 Unterschriften beizubringen! (das hat es noch nie gegeben...)

2. Jahrelang haben über 400 Kommunikationsfachleute des Bundes über 60 Publikationen in fünf verschiedenen Sprachen zusammengestellt, manche bis zu 80 Seiten stark, natürlich alle Pro-UNO, oft auf Hochglanzpapier und auf Kosten des Steuerzahlers.

3. Millionen von Steuerfranken, dazu vom Bund bezahltes Personal, haben zusammen mit der Exekutive für ein JA auf allen Ebenen gerungen. Dabei müsste der Bund und ganz sicher die Exekutive (Sie) vornehme staatspolitische Zurückhaltung üben – also schweigen, den Abstimmungskampf den Parteien, die Information des Volkes, den Medien überlassen...

4. In einseitiger, zumeist totaler Zusammenarbeit mit den UNO-

Werbern, verhinderten viele Medien (Radio, TV, Presse) ein faires und tiefergehendes Pro und Kontra. Das freie Wort und damit die freie Meinungsbildung – der Eckstein unserer Demokratie – gemäss BV Artikel 16, war unmöglich, ja total und ganz bewusst verhindert. Kontra-Komitees hatten – auch mit Ihrem Wissen – kaum Stimme! 5. Mit der Einmischung der Exekutive vom Bund und ganzen Bundesämtern wurde die Demokratie, die Einheit und das Vertrauen im Volke sträflich missbraucht! Die Aktionen waren abgekartete Schritte von UNO-Propagandisten. Schwerwiegende Konsequenzen eines UNO-Beitrittes wurden dem Bürger verheimlicht. So müssen wir ohne Wenn und Aber internationales Recht (Konventionen und andere UNO-Dossiers) aus marxistisch-leninistischem Mittelalter (z.B. im Bereiche Familien- und Frauenpolitik) eins zu eins übernehmen; eine wahre Katastrophe für unser freies Land! Die Schweizer Demokraten, SD Thurgau, die Jungen Schweizer Demokraten, JSD Thurgau, und viele Mitbürgerinnen und Mitbürger bedauern diese negative Entwicklung ausserordentlich.

SD und JSD Thurgau
(einstimmiger Beschluss)



Kanton Zürich

Wahlerfolge

Glattbrugg-Opfikon + 1 Sitz

In der Stadt Opfikon-Glattbrugg wurde **Elvira Kaese** in den Gemeinderat gewählt. Erstmals in unserer Parteigeschichte gelang uns in dieser Gemeinde der Einzug ins Stadtparlament!

Kloten + 1 Sitz

In der Stadt Kloten traten die SD mit nur einem Einzelkämpfer zur Wahl an. Was wir nicht für möglich

gehalten haben, traf ein: **Thomas Zollinger** wurde gewählt! Trotz minimaler Propaganda und ohne Listenverbindung erzielten wir den Sitz!

An dieser Stelle gratulieren wir den frisch gewählten Schweizer Demokraten für den Wahlerfolg und sichern ihnen unsere volle Unterstützung in allen Belangen zu. Wir freuen uns riesig über das Resultat!

SD Bezirkssektion Bülach,
Philippe Senn

Nicht versauern...

Viele sind nach den Entwicklungen an der Urne (UNO, Arme...) und nach den gewaltigen Manipulationen an der Demokratie depressiv, ja richtiggehend verbittert und wollen den Bettel schmeissen... Genau das aber möchte Herr Deiss und Co.! Gemeinsam sind wir stark und schaffen die nötigen Initiativen und die Schlacht mit den Medien, denn auch diese haben ihre schwachen Stellen!

Ständerat raus!

Ständerat Bürgi, SVP, und Stähelin, CVP, haben Ja zur UNO gesagt. Bürgi hat schon bei anderen Abstimmungen nicht gestimmt, wie eine Mehrheit der SVP Thurgau. Zugleich spüren wir seine «bremsende Hand» in der Regionalzeitung. Wir haben grösste Mühen, dass unsere Texte auch nur teilweise gebracht werden. Zuverlässige Informanten sehen die Probleme für die SD Thurgau – insbesondere auch bei der UNO-Abstimmung im Zusammenschluss mit der Thurgauer Zeitung und wie schon gesagt, bei unserem Ständerat von Dussnang. Bitte, lassen wir uns von so feinen Herrschaften nicht einschüchtern...

...lässt die Schweizer kalt?

Der «Tages Anzeiger» titelte am 19. März auf der Frontseite: «Die Umwelt lässt die Schweizer kalt» und beklagte damit, dass in unserem Lande der Umwelteifer am Erlahmen sei. Doch genau das ist absoluter Unsinn. Unser Land hat bewiesen, dass uns Umweltschutz heilig und teuer sei. Doch ausgerechnet Linke und Grüne – die lautesten und selbsternannten Anwälte der Natur, sind unglaubwürdig geworden. Sie predigen die Reduktion der Schadstoffe und Belastungen mit aufwändiger Technik und teuren Verfahren, bringen aber Jahr für Jahr und völlig selbstverständlich weit über 100'000 neue Einwanderer aus aller Welt, Asylanten und Papierlose in die ohnehin dicht besiedelte Schweiz.

Unglaubwürdiger geht es wohl kaum! Zugleich werden bei dieser extrem hohen Bevölkerungsdichte alle weiteren Entsorgungsschritte extrem aufwändig und teuer...

Medienmitteilung vom
19. März 2002, SD Thurgau

Der Leser hat das Wort



In dieser Rubrik werden die persönlichen Meinungen unserer Leser wiedergegeben. Diese decken sich nicht notwendigerweise mit derjenigen der Redaktion.

Frühling

Ich liebe die Zeit,
wenn die Schneeglöcklein blüh'n,

hauchzarte Wolken vorüber zieh'n,
Löwenzahnblüten aneinander sich
schmiegen
und Kirschblütenzweige im Winde
sich wiegen.

Ich liebe die Zeit,
wenn der Frühling erwacht
und die Erde sich lockert,
ganz leise, ganz sacht.

Heidi Bosshardt, Bolligen

Bergier-Schlussbericht bleibt ein unausgewogenes Zerrbild

Als interessierter Beobachter und Patriot im letzten Weltkrieg stand ich damals bereits im Berufsleben und absolvierte Militärdienst. Ich bin empört über das entstellte Gesamtbild der seinerzeitigen Situation. Noch mehr betroffen macht mich die fette Schlagzeile unseres schweizerischen Boulevardblattes «Blick» vom 23. März: «Schweizer finanzierten Hitler. Kristallnacht». Was also an anonymen Bankschaltern und innerhalb Versicherungsgesellschaften angeblich an Machenschaften und «Schweinerereien» – wie es Blick nannte – passierte, wird dem Schweizervolk generell angehängt. Ebensogut könnte man aus heutiger Sicht diesem Blatt vorhalten, es «finanziere» mit seiner täglichen Extraseite die Prostitution in der Schweiz, teils sogar mit verbotenem pornographischem Textteil. Gegen das eine kann sich nach über 55 Jahren die damalige «Aktivdienstgeneration» nicht mehr mit der gleichen Kraft wehren, gegen das andere erhebt die heutige «Streetparade-Gesellschaft» kaum mehr Einwand, einer Verwahrlosung, die auf allen Ebenen stattfindet. Die mehrheitlich am Bergier-Bericht beteiligten Historiker waren nach dem Krieg geboren, was offensichtlich zur

Veränderung des erlebten (objektiveren) Urteils des Kommissionspräsidenten führte.

Übrigens auch die in den Medien und im Bericht immer wieder hervorgezogenen Grenzfälle mit Flüchtlingen waren seinerzeit der Öffentlichkeit entzogen. Im Rahmen der durch Filmwochenschauen und Plakate betriebene «geistige Landesverteidigung» wurden Slogans verbreitet, wie: «Wer nicht schweigen kann, schadet der Heimat» oder «der Feind hört mit». Wir (das Volk) hatten damals berechtigtes Vertrauen in General Guisan, einer grossmehrheitlich integren Regierung und ihre erlassenen strengen Vorschriften. **Dass wir auf diese Weise aber auch unser gemeinsames, helres Ziel, das Land unter allen Umständen zu verteidigen und Freiheit und Unabhängigkeit zu wahren, erreicht haben, dafür sollte man der Kriegsgeneration gebührenden Respekt erweisen.**

Welches Land in Europa hat es ausser der Schweiz zu Stände gebracht, sich vom wohl fürchterlichsten Krieg aller Zeiten fernzuhalten? Nicht wenige grosse Staatsmänner haben seither unser Land als Vorbild gelobt!

Albert Stocker, Riniken AG

Anti-WEF: Die Lösung

Die Globalisierungs-Gegner kämpfen angeblich für eine bessere Welt. Zu diesem Zweck organisieren sie gewalttätige Demonstrationen und begehen massive Sachbeschädigungen. Inwieweit die Welt da-

durch besser wird, dürfte besonders für die Geschädigten nicht ohne weiteres ersichtlich sein. Zwischen Globalisierung und Anti-Globalisierung gäbe es aber einen dritten Weg, der das Prädikat geni-

al in Anspruch nehmen darf und sogar gewaltfrei realisiert werden könnte: Sozialisten, Gewerkschaften, Grüne und sog. Autonome gründen einen eigenen alternativen multinationalen Konzern. Dieser kippt die etablierte Wirtschaft legal aus dem nationalen und globalen Wettbewerb. Der Kapitalismus wäre besiegt und der Weg für eine bessere (sozialistische) Welt frei. Nun könnten die Anti-Globalisierer aus eigener Kraft, d.h. unter Verwendung des Konzerngewinns, all das umsetzen, was sie bis jetzt vom Staat forderten, permanenten Ausbau der Sozialleistungen, 36-Stunden-Woche, höhere Löhne, Rentenalter 60, Erhöhung der Entwicklungshilfe usw. Ein weiterer Vorteil des zu gründenden alternativen Konzerns wäre, dass manch ein Anti-Globalisierer, der früher Berufsdemonstrant, Mitglied einer dubiosen direkt oder indirekt staatlich finanzierten Organisation war, oder eine über-

flüssige, mit Steuergeldern finanzierte Tätigkeit (mit Schwerpunkt Agitation) ausübte, als Mitarbeiter des alternativen Konzerns in wenigen Wochen nützlichere Arbeit leisten könnte als in seiner ganzen bisherigen beruflichen Laufbahn. Sog. Autonome, die jedoch finanziell in irgend einer Form von staatlichen Finanzquellen abhängen, würden dann erfreulicherweise wirklich autonom, anstatt dem Staat auf der Tasche zu liegen. Nur hat der alternative Konzern einen gewichtigen Haken, der in der Euphorie nicht übersehen werden darf. Diese Leute ziehen es vor, von der Arbeit derjenigen, die sie mit Kritik überschütten, zu leben. Und begehen im Namen der sozialen Gerechtigkeit lieber Gewalttaten, als selbst etwas Positives zu erschaffen. Sonst hätten sie schon längst einen alternativen Konzern gegründet.

Otto Weiersmüller, Uetikon

Apokalyptische Dimensionen

Der Entscheid des deutschen Bundestages, den Import von menschlichen embryonalen Stammzellen zuzulassen, wurde als Dambruch empfunden und führt auch bei uns zu lebhaften Diskussionen. Der Begriff Stammzelle hört sich sehr nüchtern und nichtssagend an. Meistens wird verschwiegen, dass Stammzellen nur aus lebenden Embryonen gewonnen werden können.

Embryonen sind aber keine Zellaufen, sondern kleine lebende Menschen, die sich im Mutter-schoss in voller Entwicklung befinden. Es sind kleine Menschen mit einer unsterblichen Seele, deren Lebensrecht durch die Menschenrechte garantiert sind. Stammzellen können nur gewonnen werden, wenn die Embryonen vorher getötet werden. Ein Embryo hat bereits im Alter von 22 Tagen ein schlagendes Herz, mit 28 Tagen die Anlagen zu allen Organen. Mit sechs Wochen ist es in der Lage, Informationen aus seiner Umgebung

aufzunehmen; im Alter von sieben Wochen sind alle Organsysteme vorhanden – sie brauchen nur noch Zeit zu wachsen; mit neun Wochen heisst der Embryo Fötus und ist körperlich voll ausgebildet. Er macht Greifbewegungen, kann den Kopf drehen, seine Gliedmassen bewegen und hat sogar schon zarte Fingernägel. Es ist heute wissenschaftlich erwiesen, dass menschliches Leben mit dem Verschmelzen von Samenzelle und Ei entsteht. Bei einer industriellen Verwertung der Stammzellen ergäbe das ein apokalyptisches Geschehen wie bei den 50 Millionen Abtreibungen, die weltweit pro Jahr vorgenommen werden.

Zum Glück weilten vor kurzem amerikanische Farmer in der Schweiz, die unsere Bauern und Nationalräte über den katastrophalen Gentech-Schlamassel in den USA informieren (Greenpeace – Die Zeitung mit Mehrsicht Nr. 1/02).

Arnold Guillet, Stein am Rhein

Antibiotika im Pouletfleisch

Vielen Konsumenten dürfte nicht bewusst sein, dass hinter billigem Importfleisch häufig Tierfabriken, qualvolle Tiertransporte oder Antibiotikamissbrauch stehen. Die antibiotikaverseuchten Poulets aus China stellen hier wohl nur die Spitze des Eisberges dar. Die laschen Kontrollen unserer Behörden und der zunehmende, schrankenlose Freihandel begünstigen solche ökologisch, tierschützerisch und auch bezüglich Lebensmittelsicherheit fragwürdigen Fleischimporte. Die neue Volksinitiative «Tierschutz Ja» will damit Schluss

machen. Sie fordert, dass in Zukunft nur mehr Produkte eingeführt werden dürfen, die den Grundsätzen unserer Tierschutzgesetzgebung genügen. Davon profitieren unsere Bauern, die durch die Importe von Käfigbatterieiern und Poulets aus chinesischen Tierfabriken unfair konkurrenziert werden. Von einer solchen Regelung profitieren aber vor allem die Konsumenten, weil damit Lebensmittel sicherer werden.

Hans Jörg Fischer,
Landwirt und Kantonsrat SD,
Forch ZH



Il y a vraiment de quoi devenir fou

J'ouvre quelques quotidiens dès le matin pour me rendre compte de l'état (déplorable) de mon environnement. De plus en plus je pense qu'il faut être âgé, donc blasé, pour ingurgiter les nouvelles disparates et terribles qui aggravent et érodent notre mental. Voyez plutôt :

Meurtrière mafia des routes a Madagascar, sabotage record, coopérants tués. La mafia des transports se renforce, méthodes douteuses chez Coca Cola, la violence conjugale en accusation, incendie au squat des jardins, Bruxelles menace Washington de représailles économiques, les derniers abattoirs mis à mort, gestion de fortune versus éthique chrétienne, six millions de plus pour un super traçage (??) même sérieux, les textes s'égarent au gouvernement, des requérants d'asile bientôt places en semi-détention. Pacs déjà contesté, perquisition au MPC en Irak, bijoux pour un million envolés. La déclaration pour la paix entre Israël et Palestine dynamitée, la pression de routiers en augmentation, à Berlin, le conseiller fédéral s'enflamme autour d'une loi sur l'immigration, Proche Orient, c'est à nouveau l'impasse, l'Italie se retire du salon du livre, et j'en passe concernant la violence à l'école et les jugements «inadéquats» de mineurs.

En Suisse, nous avons en plus de tout cela les mea culpa de journalistes concernant l'attitude du pays pendant la Seconde guerre mondiale, les considérations pleunichardes ou des louanges surfaites pour les rapports grassement payés et orientés de la Commission Bergier qui cherche par tous les

moyens à déstabiliser les certitudes citoyennes, les panégyriques antiracistes et les critiques antisémites amalgamées à l'amour des amis des bêtes refusant l'abattage rituel, les banquiers rackettés de toutes parts et traités de voleurs, nos assurances montrées du doigt, etc. Bref, comme je le disais au début de cet article, il faut avoir le cœur bien placé et le cerveau blindé pour supporter chaque jour les horreurs commises chez nous ou ailleurs! On croit vivre dans un monde en décrépitude morale et cela me ramène à l'article dans le Militant du 25 mars traitant de l'insécurité à Toulon. «Sans même le souligner, on comprend que si le Français GRUARIN, grand joueur de rugby qui s'est comporté comme un citoyen responsable vis-à-vis de la chienlit qui hante les pavés de nos villes, a été arrêté et emprisonné pour son attitude louable, par des juges aux noms bizarres qui sentent la jalousie étrangère soit Butajar et Botskowitz, la déraison d'Etat s'est emparée d'éléments mis au pouvoir par copinage ou imbécillité, et leurs décisions débiles deviennent force de loi.»

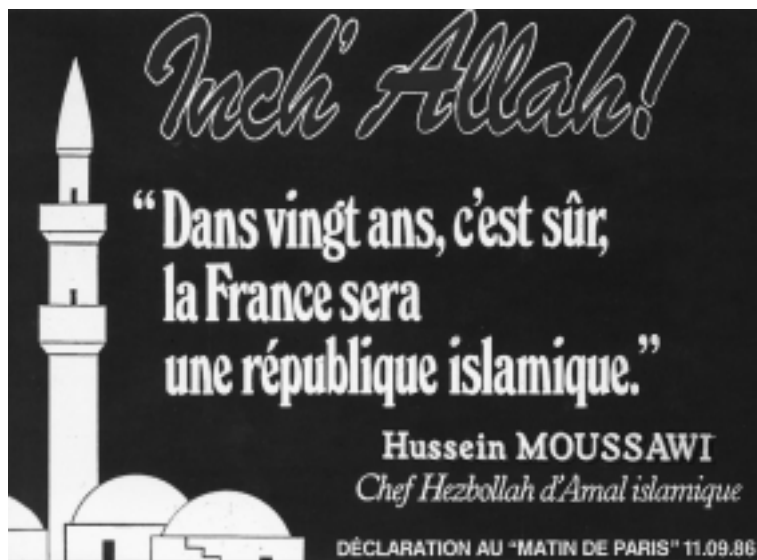
J'aimerais aller encore plus loin, quitte à me faire traiter de vieille rabâcheuse répétant: «De mon temps». Et pourtant j'ai la nostalgie de ce temps-là où les citoyens des nations étaient fiers de se dire Français, Suisses et même Allemands. A l'âge de seize ans, j'ai lu le roman intitulé «Blut und Ehre» traduit en français «Sang et honneur». Il reflétait la fidélité, la justice, l'amour de sa patrie, et le respect aux aînés. Il émanait du titre en allemand: «Blut und Ehré» une signification profonde qui rejaillit

sur les êtres humains en général sans la salissure des mots racisme, antisémitisme ou terrorisme. Les mariages internationaux étaient plus rares mais plus profondément appréciés et ma famille franco-allemande, catholique et protestante, n'a jamais souffert de cette situation. Plus tard, le mariage israélo-suisse d'une sœur fut une réussite. On ne voyait pas traîner dans les rues des adolescents attifés comme des clowns en baskets sales, vêtus de parkas déformées, la tête recouverte d'une casquette à l'envers sur des cheveux à la chien enragé. Les titres des journaux locaux ne comportaient aucun titre dénonçant la drogue, les dealers, les viols et les vols. On allait aux premières théâtrales en smoking et robe habillée, les dames bien arrangées et les messieurs

rasés de près et coiffés courts. Il y avait certainement aussi quelques horreurs, mais discrètement cachées, car l'étalage des gay parades ou des rave parties n'existait pas encore.

Je pourrais ajouter qu'il y avait des notes à l'école, des punitions appropriées, des devoirs punitifs d'écriture, de calculs ou de lecture et on enseignait les rudiments de la politique, du droit, et de la religion. Comme on est loin de ces principes de base nécessaires à la paix intérieure de chaque individu et à la compréhension extérieure avec les autres.

Bien sûr, ce n'était pas un monde parfait, mais au moins nous gardions une certaine éthique pour affirmer une confiance en soi, en sa famille et en ses amis. «Blut und Ehre». *Octopus*



Le Pilori

Les sans papiers crient leur ras-le-bol

Je reviens aux sans-papiers et à ceux qui les soutiennent. Ces aveugles ou collabos ont le culot de soutenir non seulement les revendications injustifiées de leurs protégés, mais encore se plaignent-ils de l'indifférence croissante de la population vis-à-vis de ce problème qui empoisonne l'atmosphère des pays envahis. Alors je voudrais dire aux uns et aux autres, que plus ils feront de battages médiatiques,

plus ils voudront secouer les habitants et les autorités, moins ils obtiendront de résultats. L'agacement tue l'intérêt, et comme la chèvre de monsieur Seguin qui criait «au loup», plus personne ne les écoute.

Du fracas au silence terroriste

Après la bruyante conflagration provoquée par l'attentat des tours de Manhattan, la tête pensante du terrorisme s'est aperçue qu'il y avait d'autres moyens de destruction de masse plus silencieux et aussi plus cachés, qui faisaient tout autant de dégâts dans les âmes et

le portemonnaie. Ainsi peut-on mettre dans cette catégorie l'anthrax répandu en douce dans certains endroits, une allumette par-ci, par-là en Australie, et maintenant l'alerte alimentaire, de loin la plus dangereuse.

Il paraît qu'en Allemagne, au Danemark, en Pologne et en Roumanie, on a trouvé des farines animales contenant des traces d'un antibiotique susceptible d'arrêter la production des cellules sanguines chez l'homme. Il s'agit de farines de poissons contaminées par une substance servant à traiter des maladies comme le charbon et la typhoïde. Plusieurs tonnes seraient

déjà entrées dans la chaîne alimentaire. L'Allemagne a saisi des substances dans une usine d'aliments pour animaux. Les autres pays enquêtent pour savoir si ces farines ont été données au bétail.

A lire ces détails, on s'aperçoit qu'il n'y a aucune limite à l'imagination de ceux qui veulent éradiquer les chrétiens d'occident, puisque toutes ces catastrophes ne touchent pas les pays musulmans où qu'ils soient. Ceux qui penseraient à la faute du capitalisme étatsunien doivent aussi prendre en compte les milliards du pétrole dans le Golfe et ailleurs. Où s'arrêtera le satanisme islamique?

Une dictature qui ne dit pas son nom

Il s'installe en Suisse une dictature sournoise qui se cache sous l'appellation de démocratie. Voici de quoi il s'agit en lisant quelques exemples:

1. Il fallait absolument que l'on entre dans le concert des nations sous obédience mondialiste. Mais il manquait un article, constitutionnel pour museler les réfractaires. Donc, l'art. 261 bis dont personne ne voulait a quand même passé au vote à quelques voix près. C'est si facile de falsifier les résultats sortis des urnes? Blocher qui était lui même un farouche partisan du NON a cessé brusquement de soutenir les «Neinsagers» pour rester neutre et muet. Parce qu'il a reçu des menaces de rétorsions dans ces exportations s'il persistait dans son appui.

2. Les résultats du OUI à l'ONU ont été obtenus eux aussi, grâce à d'intelligentes manipulations qui ont été faites dans le canton de Zurich, venu en dernière position pour donner ses résultats. Résultat: quelques voix de différence et un

canton de plus pour renforcer le OUI.

3. Couchepin vient de confirmer qu'il n'y aura pas d'abattage rituel. Or, dès cette annonce, il est impossible d'obtenir le justificatif de traçabilité pour les jeunes ovins qui naissent ou sont nés ces derniers mois. Faute de certificat officiel, les paysans ont deux ressources: acheter un agnelet à un confrère pour X francs et le revendre sans certificat deux fois son prix directement à un musulman ou un juif qui l'égorge dans sa baignoire, ou les paysans préfèrent gagner davantage tout de suite et, sans attendre une hypothétique réception de la puce officielle, vendent sans scrupules leurs bêtes aux amateurs de viande hallal ou kosher, qui, eux, préfèrent l'illégalité au feu vert qui se fait attendre de la part des autorités responsables.

4. Le rapport Bergier est l'arbre qui cache la forêt. C'est un chemin détourné pour attaquer les banques et autres fiduciaires aux directions suisses (Celles qui sont en

main étrangères comme les Warburg, les New York City, ou les Bloch Fils ne figurent pas dans le rapport), le moment venu les traitant de profiteurs ayant dilapidé les capitaux de leurs clients (voir les comptes en déshérence expliquant ainsi l'énorme déficit de la place bancaire suisse). Lorsque des trous abyssaux s'ouvrent dans les finances, mêmes virtuelles puisque tous les chiffres n'apparaissent que sur papier, il faut bien trouver des boucs émissaires et des manipulateurs boursils subtils pour détruire un mythe ne prêtant personne, soit le secret bancaire et autres garde-fous. Pendant la guerre, les comptes juifs avaient besoin du secret bancaire qui fut exigé, mais aujourd'hui qu'il n'est plus nécessaire, les aiguilles de l'horloge ayant tourné, il est devenu gênant.

5. L'or de la BNS est devenu aussi un empêchement de tourner en rond. Tant qu'il y a une couverture or sur le papier monnaie d'une nation, aucune force au monde ne peut ruiner celle-ci, sauf la guerre et ses

pillages, et comme c'est politiquement incorrect de penser comme ça, il faut trouver le moyen de faire capituler la Suisse en l'obligeant à vendre son or et ne laisser, comme les autres pays l'ont déjà fait, que le dollar ou l'euro comme base de référence et de garantie... Quelle magnifique garantie de substitution avec en corollaire le jeu de l'aviation instauré à travers l'hypocrisie et le mensonge boursier!

Maria de Seimners

Rapport Bergier – Gouffre insondable

Ce qui frappe le plus après lecture de ce rapport, c'est l'impression désagréable d'un message inachevé et froid. Les responsables se sont empressés de souligner, avant même que les critiques ne fusent, qu'il ne s'agissait pas d'un jugement dans un tribunal, mais de simples constatations basées sur des faits historiques avérés. Or, quoique ces messieurs de la commission en disent et qu'on le veuille ou non, jugement il y a:

Le pire, c'est que ce jugement est partial et ne prend pas en compte la situation difficile et dangereuse de l'époque pour un pays complètement entouré d'ennemis qui se trucidèrent jour et nuit, alors que dans un tribunal on parle de «bénéfice du doute», «d'intime conviction» du juge et on demande au jury de se baser sur des considérations psychologiques ou morales pour prononcer le verdict. Or la commission Bergier ne nuance jamais les faits et agit comme un médecin payé au point, qui traite

les effets et se fiche complètement des causes. Or on sait qu'en médecine on commence à prendre en considération l'environnement du patient et les aléas qu'il a subit pour en arriver à sa maladie. Ce qu'il y a d'étrange aussi, c'est l'importance donnée aux seuls réfugiés juifs. On oublie sciemment les milliers de soldats polonais, les communistes, puis ensuite les réactionnaires, les anti mussoliniens et puis les pro-mussoliniens, les tziganes, les Françaises au crâne rasé, les estropiés et les malades. Avec les tickets de rationnement qui étaient distribués parcimonieusement à la population, il y avait de quoi avoir peur de manquer de pain. Or la faim est très mauvaise conseillère pour chaque être vivant.

A voir ces prises de position de la part de personnes qui n'ont pas vécu à cette époque, on se demande comment nos autorités d'aujourd'hui seront jugées dans cinquante ans? Pourront-elles se mettre dans la peau d'un respon-

sable fédéral devant les guerres d'Afghanistan, du Golfe, de Tchétchénie ou de Palestine? Ressentiront-elles l'angoisse de la violence, des destructions atomiques possibles ou de la contamination transgénique, sans compter les destructions massives de cheptel malade?

Nos descendants verront ces images d'archives sur internet bien au chaud dans leur maison, comme nous avons vu les horreurs de la Seconde guerre mondiale bien assis dans un fauteuil de cinéma. Les bombes atomiques déversées sur Hiroshima ou Nagasaki, nous ont fait le même effet que les reportages visionnés aujourd'hui sur les puits de pétrole en feu au Koweït ou les charniers du Kosovo. Quelle commission osera-t-elle nous juger dans cinquante ans? Qu'attend-on pour clouer au pilori les pamphlets inexacts et tronqués de l'actuelle commission Bergier?

Mary Meissner

Le Pilori

La triste image de TF1

Le reportage sur TF1 le soir du 4 mars concernant les résultats du OUI à l'ONU en Suisse ont été lamentables et ont frisés la désinformation. Les petits reporters de la soi-disant meilleure chaîne télé-

visée française, ont eu l'excellente idée d'aller interviewer les gens d'un petit village appenzellois, dans un canton connu pour ses «neinsagers» et naturellement, ils ont choisi l'idiote du village pour répondre à leurs questions. Pour traduire quelques onomatopées en dialecte du pays, il était possible d'inventer n'importe quoi. Qu'aurait-on dit en France, si la TSR pour illustrer une élection française avait dépêché

une délégation dans un obscur village alsacien en demandant au demeuré du village ce qu'il pense de Chirac ou de Jospin? Mais le comble, c'est que grâce à cet intelligent reportage, les Suisses ont appris qu'ils votent sans isolement et directement sur le parvis des églises. Les Français continuent à nous jalouser bassement et par la tangente lors-

Suite en page 15

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

Organe officiel des
Démocrates Suisses **DS**

Secrétariat central:

Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:

Démocrate Suisse
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
E-Mail:
sd-ds@bluewin.ch

Suite de page 14

qu'ils ne peuvent pas le faire directement comme dans les sports par exemple.

Enterrons dignement la Fondation Etre Solidaires

Ainsi l'initiative de l'UDC qui préconise que l'or de la BNS soit réservé à l'AVS, réveille les partis en décomposition. Même les radicaux demandent la suppression de cette fondation humanitaire, non pas pour des raisons de logique monétaire, mais pour contrer l'UDC. C'est vraiment l'hôpital qui se fout de la charité. Lorsque l'on sait que le gros milliard offert par nos banques traquées par les revendications du Congrès Juif Mondial n'est pas encore distribué, qu'une grande partie a servi à renflouer les caisses du CJM et à payer les avocats américains, et que l'on s'aperçoit que le nombre des rescapés est en diminution ainsi que plusieurs demandes s'étant révélées usurpées, il aurait été préférable que les radicaux expliquent leur refus actuel par ces révélations scandaleuses qui n'incitent pas à

créer un nouveau fonds pour être dilapidé à mauvais escient.

L'arnaque d'Expo.02

Dès le début, beaucoup de citoyens se sont aperçu de l'énorme gabegie qui s'installait dans ce gouffre à milliards. Le choix d'une marocaine après la Pipilotti n'était pas tellement judicieux vis-à-vis des conceptions financières suisses et dès l'apparition des symptômes négatifs qui s'installaient tant au niveau du travail que des enthousiasmes populaires, on aurait dû prendre des mesures de contrôle plus fermes et plus judicieuses. Mais on a laissé aller sachant que les petits Suisses seraient pris en otages obligés, puisqu'ils réagissent de la même façon depuis des décennies vis-à-vis de leurs squatters anarchiques et des dealers à qui on interdit simplement de se montrer sur une place pendant six mois. Merci à Mme Spoerri qui est l'image de l'incompétence des services de police à Genève et qui se vante de prendre des mesures draconiennes pour endiguer les saloperies de nos demandeurs d'asile. *M.M.*

but d'étudier les problèmes contemporains, le Canard Enchaîné français dévoile une espèce de conspiration de nouveaux fonctionnaires probablement grassement payés pour exécuter des travaux imaginaires. Le Ministre de la fonction publique a recensé 22 observatoires subventionnés, alors que le journal en a dénombré 32 de plus, soit: «L'aspect sociologique du changement», «Les lectures hypermédias», «Les résidus de pesticides», «Les nuisances olfactives dans les WC des Bouches du Rhône», «Les politiques du spectacle vivant», etc. Espérons qu'en Suisse nous n'aurons pas à en arriver à de telles extrémités, surtout à Genève accusée d'avoir le plus haut taux de chômage...

Quelle internationale?

Après Porto Alegre on constate qu'il y a plus de farfelus parmi les anti mondialiste que des gens sérieux, ce qui ne porte pas les citoyens normaux à les suivre. Ainsi on retrouve parmi les plus voyants les communistes cubains, le moine dominicain Frei Betto, les frères et sœurs des communautés ecclésiales, ces illuminés d'une sottise in-

commensurable, des cadres du PC sud et nord américains et européens, nombre de franc-maçons d'obédience «laïque», des spécialistes russes sous de faux noms, et quelques sectes aux idéologies indéfinies. Ne nous étonnons pas que les décideurs ne les prennent pas au sérieux et qu'il vaut mieux laisser hurler les loups entre eux plutôt que leur faire une guerre inutile.

Désinformation religieuse

Après le film «Amen» de Costa Gavras et les nombreuses attaques israéliennes contre le pape Pie XII qui n'aurait rien dit ou fait pendant la guerre pour aider les juifs, on apprend qu'à partir de 1939, en Pologne, 2200 religieux, dont 4 évêques, avaient été exécutés par les Allemands et par les Soviétiques et 5500 autres ont été déportés. En France, entre l'été 1940 et le 29 décembre 1943, on recensait 448 prêtres déportés, plus d'une centaine d'autres assassinés dans les diocèses de Paris, Besançon, Orléans, Evreux... dont on ne parle jamais, donc il n'y a que l'holocauste qui compte. Sans commentaires.

Octopus, le 20 mars 2002

Mortes pour un voile

On peut avoir des nausées à la lecture de cette sombre histoire en Arabie Saoudite qui a causé à la Mecque la mort de quinze écolières qui furent empêchées de sortir de leur école en flammes parce qu'elles ne portaient pas le foulard islamique et la longue robe noire, l'abaya. Naturellement, les sauveteurs étaient des hommes fanatiques et bornés pour qui la vie d'une femme n'a aucune importance vis-à-vis de leur interprétation déviante du Coran. De plus une cinquantaine d'autres jeunes filles ont été gravement brûlées toujours à cause de cette imbécillité congénitale.

Defigurées à l'acide

Au Bangladesh, le gouvernement a dû édicter une loi spéciale qui prévoit la peine de mort, afin d'enrayer les agressions visant des femmes que des malfaisants bornés défigurent à l'acide si elles se regimbent. Dans quel monde vivons-nous et dans quel siècle?

Blocage inélagant

Le 25 février dernier, les douaniers français ont bloqué la douane de Bardonnex pendant plusieurs heures. Pourquoi nos autorités ne protestent-elles pas auprès du gouvernement français, car il est inadmissible que telles que quelles soient les revendications de ces gabelous ce n'est pas aux Suisses qui rentrent chez eux, à être les dindons de la farce. Qu'en est-il à ce sujet dans les conventions bilatérales?

Comco mondialiste

On apprend que la Comco (Commission de la concurrence) a approuvé le rachat par Hersant France, de deux journaux neuchâtelois l'Impartial et l'Express, car elle a estimé que cette transaction ne créait pas de position dominante sur le marché. Si cette commission se borne à ne voir dans cette déliquescence de notre presse qu'une question de prédominance financière, il y a lieu de penser que la question cruciale de l'identité nationale dans nos journaux n'entre plus en ligne de compte. Nous pouvons prévoir l'influence française qui n'est pas, et de loin, la panacée concernant la transparence de l'information. Le cocorico remplacera le cor des Alpes.

Reconstruction

Une quarantaine de pays se sont engagés hier à verser 307 millions d'euros à la Macédoine pour l'aider à surmonter les conséquences du conflit de l'an dernier. Les USA ont promis (mais ce n'est pas encore fait) de participer à hauteur de 116.38 millions de \$. Ces Américains qui sont les fauteurs de guerre devraient avoir honte de demander aux Européens et autres pays de payer à leur place les dégâts provoqués par l'OTAN. Dans ces conditions c'est beau la guerre!

Les observatoires, nouveau créneau de contrôle

Sous l'égide socialiste, et dans le

Droit de Cité, ce dimanche 7 avril

Je pense que les téléspectateurs attendaient beaucoup de cette émission et ils sont restés sur leur faim. D'abord parce qu'un tel sujet comme le conflit israélo-palestinien ne peut se traiter en une heure, puis il est indécemment de déranger d'éminents personnages parfois depuis Paris, pour un si petit aperçu sur un problème qui dure depuis un demi-siècle, si ce n'est plus.

Alors entre les déclarations très émotionnelles de la jeune infirmière qui revenait de Bethleem et décrivait le cœur gros, ce qu'elle avait vu et vécu sous l'emblème d'une Croix Rouge bafouée par les soldats de Tsahal, et les réponses très brumeuses et superdiplomatiques du délégué d'Israël basé à Paris, il restait peu de place aux autres interventions qui n'ont rien apporté de concret sauf la dernière qui, sur le fil du rasoir des secondes, n'a pu expliquer que les véritables causes de ces continuelles destabilisations guerrières au Proche Orient n'étaient dues qu'aux richesses pétrolières dans le sous-sol des pays à majorité musulmane. Par conséquent, seuls les pétroliers américains ont intérêt à faire durer et à provoquer de nouveaux conflits sous la devise pour gagner l'or noir est: «Diviser pour régner». Evidemment, tant que les peuples se battent sur le plan interne, il n'y aura aucun pilote dans l'avion des calculs économiques.

Le gouffre qui sépare une mère veuve palestinienne en pleurs d'un pétrolier, président des Etats Unis et de ses pairs, est incommensura-

ble et tellement monstrueux, qu'aucun mot ne pourra jamais raccommode ces profondes déchirures. Je n'ai pas l'intention de faire le procès de ce qui se passe actuellement, mais il faut souligner l'incompétence des responsables onusiens et autres internationaux, l'hypocrisie des uns et des autres qui se rejettent la patate chaude, les médias qui sont ravis de gagner leur soupe grâce à de savantes manipulations des esprits, et surtout l'indifférence des gouvernants vis-à-vis de leurs propres peuples, préférant signer des arrangements au sommet bidons, refusés par la logique nationale.

Il faut ajouter à tout cela, la lâcheté de Bush qui crie au loup sans encore brandir son fusil, attendant le moment propice pour se donner bonne conscience vis-à-vis du monde, tout en soutenant son allié Sharon, qui aura ainsi le temps d'obtempérer après avoir obtenu ce qu'il voulait. En ajoutant à tout cela les autres fornications et mensonges, que deviendra l'Histoire dans cinquante ans? Est-ce que le TPI osera juger ces prix Nobel félons? Ces foudres de guerre revêtus d'une peau de mouton? Ces hôpitaux qui se foutent de la charité comme dit le proverbe? Ces individus qui sont juges et parties?

On dit que les enfants battus battent leurs enfants plus tard. On constate que les victimes rescapées des camps nazis sont devenues à leur tour des exécuteurs nazis, c'est le monde à l'envers.

Mary Meissner



Motion Bernhard Hess (SD) – UNO-Beitritt:

Schrittweiser Ausstieg aus den Drogenabgabeprogrammen

Am 3. März 2002 haben Volk und Stände beschlossen, der UNO beizutreten. Als Mitglied dieser Organisation ist unser Land auch gehalten, deren Normen, Richtlinien, Abkommen und Vorschriften einzuhalten. Dieser Tage kritisierte die UNO-Drogenbehörde, der internationale Suchtstoffkontrollrat, die Freigabe von Haschisch in der Schweiz. Wörtlich heisst es im Jahresbericht: «Cannabis wie Alkohol und Tabak zu behandeln, wäre ein historischer Fehler.» Die UNO-Experten stellen zudem mit Besorgnis fest, dass mit dem Internet als neuem Vertriebskanal ein immer grösserer Boom bei Drogenverkäufen festzustellen sei. Mittels

Desinformation, Propaganda oder Gehirnwäsche liefern junge Leute zunehmend mehr Gefahr, in drogenbedingte Kriminalität abzugleiten. Der UNO-Suchtstoffkontrollrat betrachtet deshalb die geplante Gesetzgebung zu Cannabis in der Schweiz «als einen Schritt in Richtung Legalisierung der Droge, was den internationalen Drogenabkommen zuwiderläuft».

Der Bundesrat wird darum gebeten, sich mit den UNO-Normen solidarisch zu zeigen und schrittweise aus den jetzt laufenden Drogenabgabeprogrammen auszusteigen. Auf die geplante neue Gesetzgebung zu Cannabis ist in der Schweiz zu verzichten.

Cannabis ist doch Einstiegsdroge

Eine Untersuchung der Schweizerischen Fachstelle für Alkohol- und andere Drogenprobleme SFA in Lausanne kommt zum Ergebnis, dass das Einstiegsalter in den Cannabis-Missbrauch bei Schweizer Jugendlichen in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre deutlich gesunken ist. Auf der Basis eines Vergleichs der beiden Gesundheitsbefragungen aus den Jahren 1992/93 und 1997/98 mit über 7000 Befragten berechneten die Lausanner Forscher eine Differenz des Einstiegsalters von neun Monaten. Anfang der 90er-Jahre waren schweizerische Jugendliche durchschnittlich 16,5 Jahre alt bei ihrem ersten Kontakt mit Haschisch und Marihuana. Ein halbes Jahrzehnt später betrug das Durchschnittsalter des Erstkonsums nur noch 15,8 Jahre. Wer früher einsteigt, kiff zudem länger und nimmt auch mit höherer Wahrscheinlichkeit später andere illegale Drogen. Damit ist die häufig herumgebotene und unbewiesene Behauptung, das Cannabis sei keine Einstiegsdroge für härtere Sachen, eindeutig widerlegt! Der Projektleiter Gerhard Gmel führt die Veränderung auf die grössere

Verbreitung und Verfügbarkeit des Stoffes und damit den leichteren Zugang in der Gesellschaft hierzulande zurück. Die SFA fordert auf Grund dieses Forschungsergebnisses einen verstärkten Jugendschutz vor dem Cannabis. Besonders wichtig ist die Erkenntnis jedoch im Hinblick auf die schweizerischen Bestrebungen, durch eine Revision des Betäubungsmittelgesetzes das Cannabis weitgehend zu «liberalisieren», wie es so schön heisst. Die SFA spricht in diesem Zusammenhang von harten Fakten, die zu beachten seien.



Schweizer Demokraten

Aus für «zehn kleine Negerlein»

Politische Moralwächter in der Bundesrepublik Deutschland und wohl bald auch in der Schweiz haben sich jetzt – man hat ja sonst keine Sorgen – auf Agatha Christie Roman «Zehn kleine Negerlein» gestürzt. Die «Antidiskriminierungsstelle» der Stadt Hannover verkündete vergangene Woche stolz, mit den Erben der britischen Autorin eine Umbenennung des gleichnamigen Theaterstücks vereinbart zu haben. «Wir konnten sie überzeugen, dass das Wort «Neger» im Deutschen keineswegs neutral, sondern klar herabsetzend wirkt», heisst es dazu in einer Pressemitteilung. Wie der neue Titel lauten soll, wird offenbar noch beraten.

Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Mehr einheimische Kinder – aber keine höheren Kindergelder!

1999 hatte unser Land auf 100 Frauen noch bescheidene 127 Kinder. 1990 waren es noch 155, nötig für einen stabilen Erhalt der Schweizer Bevölkerung wären allerdings 210 Kinder. 1990 hatten 100 ausländische Frauen in der Schweiz 167 Kinder und 1999 bereits 193. Diese Steigerung und andererseits die Abnahme der Zahl der Schweizer Kinder ist eine Katastrophe für unser Land! Die Lage der Familien müsste unbedingt verbessert werden, aber ohne damit die Attraktivität für Einwanderer aus aller Welt erneut zu erhöhen. Nun schreien die gleichen

Ausverkäufer unseres Landes erneut nach höheren Kinderzulagen. Das ist mehr als falsch. Wie unsinnig war die Einführung der familienfeindlichen Mehrwertsteuer! Auch bei der Krankenkasse sind es ausgerechnet die Parteien für «die Familien» und die «sozial Schwachen», die gewaltige Kostensteigerungen verursacht haben. SP-Bundesrätin Dreifuss will den MwSt.-Satz noch höher schrauben! Was für ein Unsinn und was muss noch alles geschehen, bis die schlafenden Schweizer endlich aufwachen?

Willy Schmidhauser, Dettighofen

Haben wir Sie mit der Vorstellung des bodenständigen Tonträgers im Schweizer Demokrat «gluschtig» gemacht?

CDs und Kassetten können mit untenstehendem Talon oder per E-Post, hso@bluewin.ch, bestellt werden.

Name _____

Vorname _____

Adresse _____

Anzahl CD Kassetten

Einsenden an:

Hans Schmidiger, Emmentalstr.152, 3414 Oberburg CD Fr. 25.–, Kassette Fr. 20.– plus Porto und Verpackung

